

DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee – Mai 1984 Nr. 52

2,-

Die neue Mütterlichkeit



Witze der Wende

Anruf bei Marianne Strauß:

"Ich hätt' gern den Bundeskanzler Strauß gesprochen" - "Meinen Mann können Sie sprechen, aber Bundeskanzler ist er nicht."

Derselbe Anrufer meldet sich noch mehrfach mit derselben Bitte, schließlich wird Frau Strauß unwirsch: "Ich hab' Ihnen doch schon gesagt, daß mein Mann nicht Bundeskanzler ist. Wie oft wollen Sie denn noch anrufen?" - "Ich kann's gar nicht oft genug hören."

Die katholischen Marienfiguren werden umbenannt. Sie heißen jetzt Maria Denunziata, Maria Haussuchung, Maria Gefängnis.

"Die CSU will Strauß für den Nobelpreis vorschlagen." - "Für welchen?" - Die Entscheidung behält Strauß sich noch vor."

Ein 55jähriger will nach Australien auswandern. Nach dem Grund gefragt, antwortete er: "Als ich 20 war, wurden Nazis noch zum Tode verurteilt. Als ich 30 war, kriegten sie noch lebenslang - lich, als ich 40 war, wurden sie freigesprochen, als ich 50 war, kamen sie in höchste Staatsämter, und bevor es wie - der Pflicht wird, hau' ich lieber ab."

Ein Flugzeug stürzt ab. An Bord waren Botha, Pinochet, Evren und Marcos. Alle kommen ums Leben. Wer trauert am meisten? Die Deutschen, weil Strauß nicht dabei war.

Hannelore Kohl berichtet einer Freundin: "Ich habe eine alte Hölderlin-Ausgabe für meinen Mann bekommen." "Guter Tausch", sagt die Freundin.

Strauß schimpft über Hitler. Kommt ein Zettel zum Rednerpult: "Warum hast du Hitler nicht verflucht, als er noch lebte?" - Fragt Strauß: "Wer hat den Zettel geschrieben?" Niemand meldet sich. Darauf Strauß: "Seht ihr, deshalb habe ich damals auch geschwiegen."

Wie wird ein Bischof angeredet? Mit Exzellenz. Und ein Kardinal? Mit Eminenz. Und der Papst? Eure Heiligkeit. Und der Bundeskanzler? O Gott, o Gott!

"Wo ist Ihre Frau?", wurde Helmut Kohl gefragt. "Zu Hause. Sie paßt so gut zu den Möbeln."

Graf Lambsdorff war beim Juwelier und berriet seiner Frau: "Ich habe lange überlegt, ob ich dir nun eine Brosche oder ein Armband schenken soll." - "Und warum hast du nichts genommen?" - "Ich wurde beobachtet."

(Witze der Wende, entnommen aus dem gleichnamigen Buch von Winfried Thomsen, Eichborn-Verlag, Okt. 1983)



Inhaltsverzeichnis

Wende gegen die Frauen- für Deutschlands Größe	S.3
Strauß in Aktion: Kurzmeldungen	S.8
Wir in Aktion: Von Bremen bis München	S.10
Zur Diskussion: Die Erben	S.19
Presseglossen	S.7
Zitate aus dem Bayernkurier	S.7

Wende gegen die Frauen- für Deutschlands Größe

Die Bevölkerung Westdeutschlands nimmt ab, seit Jahren. Aber plötzlich wird es zum Politikum. "Mehr Babys, sonst sterben die Bayern aus. Minister Pöhl wünscht sich größere Familien." "Lebensschutz für Ungeborene verbessern." "Familie wird zum Krisenherd", so lauten die Schlagzeilen.

Strauß bezeichnet die Familie als die "soziale Frage von heute."

Ist es die plötzliche Sorge um kinderreiche Familien, die häufig an den Rand des Existenzminimums geraten? Ist es die plötzliche Erkenntnis, wie kinderfeindlich unsere Umwelt ist?

Nein! Strauß treibt ebenfalls die Sorge um die aussterbenden Deutschen, die ihn sogar dazu bringt, seinen heiligen Grundsatz des Sparens selbst anzuprangern: "Es hat keinen Sinn, einem sterbenden Volk gesunde Haushalte zu überlassen," dramatisiert er.

"sie vermehren sich wie die Ratten und sie fressen alles kahl". Der ausländische Bevölkerungsanteil würde von 4,67 auf 7 Mio. steigen (da haben die USA ganz andere Bevölkerungsströme verkraftet).

3. Und die Bundeswehrführung bemerkt alarmiert, daß sie 1994 nur 152.000 Soldaten einziehen können, während sie heute noch 225.000 braucht. Zu viele Türken und zu wenig Soldaten - das dürften die Ursachen der Sorgen unserer regierenden Politiker sein; daß sie eiskalt unsere Renten kürzen bzw. die Beiträge erhöhen, das beweisen sie jetzt schon zur Genüge.

So viel zu den wahren Ursachen ihrer Krokodilstränen.

Frauen sind schuld. Verantwortlich für die Entwicklung sind natürlich die Frauen. Dregger z.B. begründet den Geburtenrückgang damit, "daß der Platz in der Familie

Kein Platz
für
IHN



Kein Platz
für sie



Abtreibungs-
kliniken

Modernes
KZ-1981

Kinderschlachthöfe
Deutschlands

Babycoust
Holocaust

Deutschland
erwache!
To teng räbarnation
Erde
kleiner Stern?

Laßt mich
leben!

Kein Platz
auf der
Bude?

die Krankenkassen die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche übernehmen - "Beihilfe zum Mord" heißt das in der Sprache ihres Blattes. Das Bundesverfassungsgericht wird wahrscheinlich 1985 entscheiden.

Deshalb schlagen sich jetzt die Männer der CDU/CSU mutig in die Bresche. 74 Unionsabgeordnete haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen bei einer Abtreibung bei einer sozialen Notlage verbieten soll.

Alle Frauen der CDU/CSU-Fraktion weigern sich, dies zu unterzeichnen. Kohl will lieber das Bundesverfassungsgericht in Rücken haben bei dieser Entscheidung und wartet ab. Die BRD steht übrigens schon jetzt unter den westeuropäischen Ländern am schlechtesten da.

Prämie für's Kinderkriegen

Familienminister Geißler dauerte es zu lange, bis 1985 zu warten. Er will, wie er sagt, den Frauen helfen, mit der "Bundesstiftung Mutter und Kind". Doch 17 Frauenverbände sprachen sich gegen diese Art von Hilfe aus. "Jeder Frau, die sich wegen einer Schwangerschaft in einer materiellen Notlage befindet, (soll) geholfen werden". Zunächst 25 Mio im Jahr, dann 50 Mio. sollen dafür locker gemacht werden.

320 Mio. hat man am Mutterschaftsgeld eingespargt - so sind die Verhältnisse. Nicht nur finanziell herrscht ein Ungleichgewicht. Geißler hat man an den berufstätigen Frauen, die ihre Kinder wollen. Sie sollen lieber zu Hause bleiben. Geben will man Frauen, die man von einer Abtreibung abbringen will. Bis zu DM 5000,- - nach der Behauptung von Geißler (die SZ berechnete nur DM 2000,- durchschnittlich) - sei drin für eine Frau. Das ist ein Taschengeld, wenn man weiß, was die Erziehung eines Kindes kostet, und wenn man bedenkt, daß die betroffenen Frauen ja in einer Notlage sind: alleinstehend, arbeitsloser Mann, unzureichende Wohnung etc. Es reicht gerade für die Grundaus-

IM
GLEICHSCITT
FÜR
DEN SIEG
IM
III. WELTKRIEG



Bearuhigende Statistiken

Was ist der Anlaß für solche Panikmache?

Seit 1974 sinkt die Bevölkerung der BRD. Von 62 Mio. ging sie bis 1979 auf 61,3 Mio. zurück. Seit 1971 übertrifft die Zahl der Todesfälle die Geburtenzahl. Im Jahr 2000 werden es bei gleichbleibender Tendenz 2,14 Mio. Menschen sein.

Die Presse schreit v.a. wegen drei Folgen auf:

1. Probleme der Rentenfinanzierung, die etwa ab dem Jahr 2030 auftraten, weil es dann nur noch ca. 38 Mio. Bundesbürger geben soll.

2. Die nationalistiche Presse sorgt sich v.a. um den "Bevölkerungspolitischen Erhalt der deutschen Volkskraft". Der Münchner Sozialreferent Stützel von der CSU sorgte sich im Sommer 82 öffentlich um den niedrigen Geburtenkoeffizienten der deutschen Frauen im Gegensatz zu den Türken. Er sprach von der "Gefahr des allmählichen Aussterbens der Deutschen". Das sind die Vorturner eines Leserbriefschreibers im STERN:

Frauen in der Bundeswehr?

Wir sagen Nein,

Alle Jahre wieder flammt diese Diskussion auf. In den nächsten Jahren gibt es zu wenig Achtehnjährige. Deshalb sollen nach Würzburg (Staatssekretär im Verteidigungsministerium, CDU) schon im nächsten Jahr Frauen freiwillig "dienen" dürfen.

denn, was heute freiwillig ist, ist morgen Dienstverpflichtung. Denn Frauen in Uniform - das ist die Fortsetzung der öffentlichen Rekrutierungsergebnisse von 1980/81. Säbelrasseln, Uniformen, Krieg, Soldaten, Militär sollen wieder selbstverständlich werden.

Auf diese Art 'Gleichberechtigung' pfeifen wir. Wir wollen nicht, daß auch noch die zweite Hälfte der Bevölkerung in Uniformröcke gepresst wird. Wir wollen vielmehr das Gleiche, wie die Antimilitaristen in den 50er Jahren, die gegen jegliche Remilitarisierung der BRD kämpften.

und die Sorge für die Kinder nicht mehr die selbstverständliche Rolle der Frau sind".

Die CDU/CSU will die Frauen zwingen, diese Rolle wieder zu übernehmen.

Angriff auf das Recht auf Abtreibung

Begonnen hatte die katholische Kirche mit ihrer Hetze - bzw. sie hatte nie aufgehört, die Abtreibung anzuzweifeln. 1980 fand dann der Vorsitzende des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU, Hartwig Holzgartner, den richtigen Ton für die Kirche, den sie ab da eifrig nachbetete: "Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten unbegabtes Leben. Das, was in unserem Volk geschieht, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz."

Eine Katholikin übernahm auch die Aufgabe, Klage zu stellen beim Bundesverfassungsgericht: eine Redakteurin des katholischen Boulevardblatts "Neue Bildpost" (auch Mitunterzeichnerin des rassistischen "Heidelberger Manifests") will ihren Krankenkassenbeitrag nicht zahlen, solange

stattung - aber was dann? Es gibt auch schon Erfahrungen mit solchen Modellen, z.B. der "Hilfe für Mutter und Kind" von Marianne Strauß. Bayern hat 1983 8,4 Mio. DM für 2500 Frauen ausgegeben. Unter bestimmten Auflagen, z.B. müssen die Frauen vor der 20. Schwangerschaftswoche in die Beratung kommen. Ausländerinnen haben



nur begrenzt Anspruch auf Hilfe! Wem wurde geholfen? Sehr jungen Frauen, ohne Ausbildung, ohne Arbeit, ohne Mann. Das ist unverantwortlich mit ca. DM 3000,- pro Kind. Langfristige Hilfe für Mütter? Danach hat bisher niemand gesucht. Auch die Sozialdemokraten nicht. Bayern führt seine niedrigen Abtreibungszahlen auf seine Hilfen zurück. Das ist reine Manipulation. Registriert wird nämlich der Ort der Abtreibung, nicht der Wohnsitz der Frau. Da es in Bayern in ganzen Bezirken kein Krankenhaus gibt, das Abtreibungen durchführt, ist die Erklärung einfach.

"Pro familia" befürchtet durch die Stiftung auch einen Einfluß auf die Beratung. Denn Abtreibung aus sozialen Gründen darf es ja dann nicht mehr geben. Der Widerwillen gegen die Stiftung ist groß. Umso massiver betreibt Geißler seine ideologische Aufrüstung. Er wertet, die Notlagenindikation werde mißbraucht, weil ein Teil der Bürger

die "Wertentscheidung des Grundgesetzes, daß auch ungeborenes Leben Anspruch auf Schutz und Unantastbarkeit seiner Würde" habe, nicht teile. Folgerichtig muß deshalb eine "Überprüfung propagierter Leitbilder und Verhaltensweisen" einsetzen. "Zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Aufwachen von Kindern in unserer Gesellschaft gehört auch eine Veränderung der Lebenseinstellungen und die Bereitschaft jedes einzelnen Bürgers, nicht nur sich selbst und seine eigene Selbstverwirklichung im Auge zu haben, sondern sich auch immer gleichzeitig für seine Mitmenschen verantwortlich zu wissen". Diesem Anliegen sollen in der Beratung und bei der Indikationsfeststellung entsprochen werden! Abtreibung soll wieder als ethisch verwerflich gelten, und die Familienpolitik wird eingesetzt zur Unterstützung dieses Zieles.

Weitere Wege der Familienförderung sind denn auch für Geißler fast kostenneutral: Nachbarschaftshilfe, Verbesserung des Angebots an Kinderspielflächen, Rücksichtnahme auf Kinder im Straßenverkehr, Verständnis und Geduld im Umgang mit Kindern!!!

Adoption und Babyhandel

Um den Frauen, die ihr Kind austragen sollen, aber nicht wissen, wie sie es großziehen können, noch eine "Alternative" zur Abtreibung zu bieten, soll die Adoption erleichtert werden. Die meisten Frauen akzeptieren diesen Weg nicht, deshalb muß auch hier ein "Prozeß der Bewußtseinsveränderung" bewirkt werden. Wie der "Stern" aufdeckte, trat hier als "Sachverständige" in Bonn eine Frau Lebert auf, die Babyhandel betreibt! Solange Geißler sich von ihrem Vorein der "Lebensrechtler" nicht distanziiert und ihm das Handwerk legt, deckt er diese Machenschaften! Oder sind die Kinder auch für Geißler eine Ware, die er mit Hilfe der Stiftungsmittel den Frauen abkauft? Sind die Babyhändler nicht nur die Auswüchse einer Politik, wie sie Geißler mit seiner Stiftung selbst in Gang setzt?

Erziehungsgeld als Lockmittel

Seit Jahren im Gespräch als Babyanreiz ist das Erziehungsgeld. Erst von Strauß als nicht finanzierbar abgelehnt, dann von der CSU besonders vehement gefordert - soweit, daß Strauß die Streichung beim Mutterschaftsurlaubsgeld der Kohl-Re-

gierung hart kritisierte. Lächerlich! Strauß, der den Milliardenkredit für die DDR in Gang brachte, sollte keine 320 Mio. DM zusammenkratzen können! Inzwischen soll es ab 1.1.86 ein Babygeld geben für 1 Jahr. Die Bedingung heißt: ein Ehepartner darf nicht arbeiten. Das Papier aus dem Geißler-Ministerium nennt auch troken den Hintergedanken dabei: Entlastung der Bundesanstalt für Arbeit.

Rente für Mütter - statt menschenwürdiger Mindestrente

Ebenfalls eine alte Forderung der Union ist die Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung auf die Rente. Hier ist noch alles offen, da will sich Geißler nicht festlegen. Allerdings sei daran erinnert, daß die CDU/CSU selbst das sog. Babyjahr zu Fall brachte - das war eben noch zu Zeiten der SPD-Regierung.

Steuerentlastung im Stil von Adenauer Familien sollen darüberhinaus steuerlich entlastet werden durch Steuerfreibeträge und Kindergeld. Freibeträge begünstigen immer die Bezieher höherer Einkommen, weil sie prozentual errechnet werden. Damit strebt die CDU zu den 50er Jahren zurück, wo sie über den Familienlastenausgleich ge-

zielt die mittleren Einkommen förderte. Für den Arbeiter und kleinen Angestellten schaut nicht viel dabei heraus.

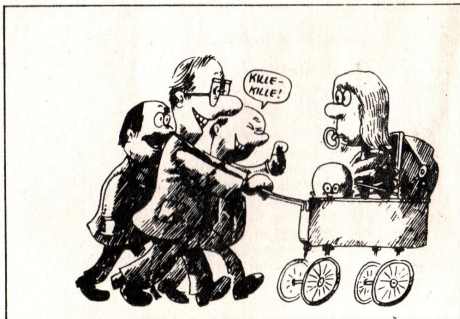
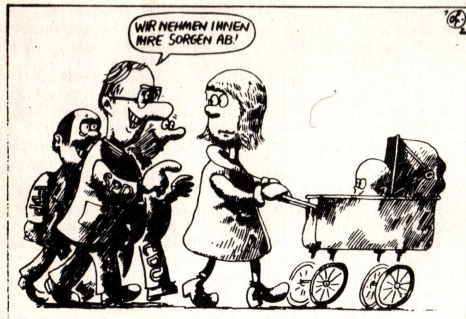
Eigentum fördern beim Mittelstand Familien sollen auch beim Eigenheimbau besonders begünstigt werden. Gespart wird dafür beim Mietwohnungsba. Sozialwohnungen werden nur noch in Ausnahmefällen vom Bund finanziert. Außerdem wird beim Wohngeld für Jugendliche gestrichen.

Scheidung wieder erschwert für Frauen Dann darf man natürlich nicht die "Reform" des Scheidungsrechts vergessen - äußerst wirksam für den Erhalt der Ehe und dabei kostenlos. Das alte Schuldprinzip soll wieder eingeführt werden. Wohlverhalten vor und nach der Scheidung würde dann wieder Pflicht - sonst gibt es kein Geld.

Billige Propaganda statt Hilfe für die Familie

Zusammengefaßt kommen die "Reformen" nicht teuer. Zu einen sind die Gelder durch vorherige Kürzungen (8 Mio. DM allein im Sozialbereich) schon ein-

gespart, zum anderen werden die Fa-



milien die "Wohlstand" selbst durch höhere Verbrauchssteuern berauben müssen - dafür sorgt schon Stoltenberg, Zuckerbrot und Peitsche - wobei das kümmerliche Zuckerstückchen auch noch selbst bezahlt werden soll.

Die Auswirkung auf die Geburtenrate ist dabei äußerst gering, wie z.B. die Familienpolitik in Frankreich und in der DDR, die sehr viel bessere Leistungen den Familien gewähren, beweisen.

Die eigentlichen Ursachen der geringen Geburtenrate liegen ganz anders als Geißler behauptet: Fehlen der familiäre Einrichtungen wie Kindergärten und Tagesheimschulen, die hohen Wohnungskosten, die kinderfeindliche Umgebung der Großstädte u.a. Jedes 5. Kind in der BRD hat kein eigenes Zimmer, jedes 3. keinen Spielplatz. Es gibt noch immer Kinder ohne eigenes Bett. Der Hauptgrund jedoch ist die mangelnde Zukunftsaussicht, die die Eltern für sich und ihre Kinder sehen: viele Eltern wünschen sich immer noch, mein Kind soll es einmal besser haben als ich. Das kann heute niemand mehr versprechen.

Die internationalen Untersuchungen, wie wenig die Geburtenrate zu beeinflussen ist, sind sicherlich auch im Familienministerium bekannt, was ist also der eigentliche Zweck der Kampagne gegen die Abtreibung und die mangelnde Gebärwilligkeit der westdeutschen Frauen?

Mutterkreuz

Ziel "neue Mütterlichkeit"

Wieder einmal sollen die Frauen diszipliniert werden und ihr Rollenverständnis umgeschrieben werden. Die Zeit des Arbeitskräftemangels ist vorbei, man will die Frau wieder aus dem Beruf verdrängen. Aber hinzu kommt, daß im Zeichen der Wende die Frau auch wieder politisch entmündigt werden soll.

Die Frauen, die sich dieser Rolle nicht beugen, werden zum Störenfried gestempelt: ihnen wird die "Befreiungs-idee" angekreidet, "die nur auf Kosten anderer durchgesetzt werden kann."

Die Kampagne begann Anfang der 70er Jahre und fand ihren ersten Höhepunkt bei Blüm: "Mutterarbeit ist mehr als Erwerbsarbeit", denn "zu einer menschlichen Gesellschaft gehören Werte, die ihre Heimat in der Familienkultur haben, wie Liebe, Natürlichkeit, Treue,

Leider hört man nicht nur von Blüm solche Worte, sondern auch aus der Frauenbewegung, von den "Grünen":

Waltraud Schoppe, einer der drei Sprecherinnen der Bundestagsfraktion der "Grünen": "Feministische Politik bedeutet für mich auch, zu Überlegen, was ist eigentlich an schönen Momenten in der traditionellen Frauenrolle gewesen. Es gibt ein Moment von Fräulichkeit, mit dem ich ein positives Gefühl verbinde, ich finde es richtig, nicht immer diese Aggressivität zu haben." Die Forderung "Weg mit dem §218" lehnt sie ab, denn "das sagen die Männer ja auch, das ist auch für sie eine sehr einfache Lösung, wenn eine Frau schwanger wird, und sie hat kein Problem damit, abzutreiben. Ich mag diese einfachen Lösungen nicht." (Hoffentlich ist das nicht die Meinung aller Grünen Abgeordneten im Bundestag, wenn die kleine Reform der 70er Jahre zu Fall gebracht werden soll!) Der Kampf um Arbeitsplätze für Frauen ist ihr "zu platt". Noch nie was gehört vom Recht auf Arbeit? An der christlich-demokratischen Familienpolitik hat sie nur auszusetzen, daß "die Frau alles unbezahlt" machen soll. Arme Frauen, wenn das euerer einzigen Vorkämpferinnen im Parlament wären! Denn Frau Schoppe ist unter den Grünen-Frauen nicht allein. Manche Zitate klingen wie von Blüm! (Alle Zitate aus "konkret" 4/84)

Hüten, Verzicht, Vorsorge für kommende Generationen".

Verherrlichung der kostenlosen Leistungen der Frau

Mit der Verdrängung der Frauen ins Heim sollen nämlich auch wieder viele soziale Probleme auf die Frauen abgewälzt werden. Unter dem Slogan "Weniger aufgedrängte Fürsorge und mehr Selbstverantwortung" sollen "Trittbrettfahrer im Sozialstaat" zu "persönlicher Leistung" angehalten werden. So wird die Hetzkampagne auch in der Presse geführt. Praktisch heißt das die Betreuung von Alten, Kranken und Behinderten wird wieder der einzelnen Familie aufgebürdet. Besonders skandalös ist das bei den Behinderten, die dann kaum mehr Chancen haben, mit ihrer Behinderung umgehen zu lernen und sie teilweise zu überwinden. Die Privatisierung der Kindererziehung wird einfach durch Streichung und Verteuerung von Kinderbetreuungsplätzen wieder stärker durchgesetzt. "Mütterliche Zuwendung erspart uns Kosten für Gewaltbekämpfung und Psychiatrie", begründet Blüm die Absicht. Die Frau kann dann ihre eventuell noch freie

Zeit als ehrenamtliche Helferin verbringen, wo sie dann ein Lob für ihre "segensreiche ehrenamtliche Mitarbeit in Sozialstationen" erhält.

Ein bedeutsamer Nebeneffekt dieser Förderung von "Gemeinsinn" und "Bürgerverantwortung" ist dann auch noch eine Bereinigung der Arbeitslosenstatistik. "Ein Arbeitsloser kostet den Staat etwa 18 000, ein Berufsunterbrecher nur 7040." Unter "Berufsunterbrecher" versteht der Schreiber, der Münchner Sozialreferent Stütze, diejenigen Frauen, die wegen der Kinder ein jähriges Erziehungsgeld beziehen! Und wenn sie dann nach Ablauf des Erziehungsgeldes keine Stelle mehr finden, wird es ganz billig!

Mit Zwang per Gesetz kann man die Frauen leider noch nicht aus den Betrieben vertreiben, bedauert die CSU. Sie beklagt, "daß die Rechtslage kein Mittel bietet, die Doppelverdiener im öffentlichen Dienst abzuschießen oder zu begrenzen."

Ja zur Opferrolle der Frau - Ja zu Deutschland

Helmut Kohl hat sein Frauenbild ausgedrückt zusammengefaßt: "Meine Hochachtung unseren Müttern, die ein Le-

ben lang ihre Pflicht getan haben, ohne zu protestieren. Die nie demonstrieren konnten - gar nicht wissen wie das geht. Die sich aufopfern, die ungeheure Leistung vollbracht haben nach zwei Kriegen. Jetzt - in dieser kritischen Zeit - wird sich zeigen, daß die Enkelin genauso tapfer sein kann wie die Oma. - In zwei bis drei Jahren sind wir sicher finanziell aus dem Gröbsten raus - dann packen wir das Thema Hausfrauenrechte an. Und sobald wir die Kassen in Ordnung haben, geben wir auch wieder mehr Kindergeld. Das Ja zum Kind ist auch ein Ja zum Optimismus, zur Lebensfreude - zur Zukunft Deutschlands." Daß auch damals schon Frauen demonstrierten, streikten und im Nationalsozialismus Widerstand leisteten, paßt freilich nicht ins Gesichtsbild eines Kohls, der mit Altnazi Ziesel auf Reisen nach Israel geht.

Die Frauen der führenden Politiker geben sich die allergrößte Mühe, den Kohlischen Leitsätzen nachzukommen. Frau Stoltenberg wird allseits als "Superhausfrau" gerühmt. Frau Genschker bekenn: "Das Zuhause muß für meinen Mann wie eine Insel sein."

Frau Engelhard bleibt in ihrer Münchner Wohnung nicht etwa aus Berufsgründen: "Ohne die Maximilianstraße kann ich nicht leben." Elfi Wörner: "Es trifft mich, wenn mein Mann in der Öffentlichkeit angegriffen wird. Vieles ist so absurd, daß ich immer ganz empört bin. So ein Mann braucht Zuhause Harmonie." Christel Zimmermann geht noch weiter: "Bei so einem intelligenten Mann ist es besser, man fängt als Frau nicht auch noch mit der Politik an." Die Hausfrauenrolle ist für sie ein anspruchsvoller full-time-job. "Vom Können her müssen sie einfach alles können. Sie müssen jedes Problem lösen, Entscheidungen treffen, die Erziehung übernehmen, auch technische Dinge bewältigen - wenn sie das alles schaffen und es dann auch noch fertig bringen, ihren Mann am Wochenende nicht zu belasten, dann ist das eine gute Basis für eine solche Ehe."

Marianne Strauß bringt es auf den Punkt: "Die Frau schafft es im Haus an, der Mann kümmert sich um den 4. Weltkrieg!"



Frauen als „Reserve“ auf dem Arbeitsmarkt

Und so schafft Marianne Strauß im Hause an:

Die Landesmutter ist Besitzerin mehrerer Häuserblocks in der Clemens- und in der Waldfriedhofstraße. In ihrem Eifer, die Mieten zu erhöhen, ging sie schon mal so weit, eine teure Vergleichswohnung zu benennen, die es gar nicht gab. So wies auch das Amtsgericht 1979 die Klage ab, für eine 'laute 51qm-Wohnung, DM 681.-- Bruttomiete zu verlangen.

Momentan streitet sie um einen 40cm breiten und 10 m langen Streifen, den ihr Nachbar in der Hirsch-Gereuth-Straße mit einer Garage und deren Zufahrt besetzt. Damit kein Geld verlorengeht, verlangt Frau Strauß für den nicht unerheblichen Schriftverkehr DM 10.-- extra (außerdem die 'Oberbaurente' von DM 3.240.-- plus Zinsen).

Weiterhin plant Marianne Strauß - laut eigener Ankündigung - eine Beteiligung an der wirtschaftlichen 'Ausbeutung' ihres Mannes, durch den Karikaturisten D. Hanitzsch durchzusetzen. (AZ 4.4.84)

Zitat aus dem "Bayernkurier" von 1970:

"Das nationalsozialistische Deutschland" hatte "eine vorbildliche Familienpolitik".

Zur Erinnerung:

Hitler drängte die Frauen mit allen Mitteln - auch per Gesetz - aus dem Betrieb (später "durften" sie dann wieder in der Rüstungsindustrie arbeiten). Eine kinderlose Ehe wurde als Fehlehe definiert. Ehestandsdarlehen wurden nur unter der Bedingung gewährt, daß die Frau ihren Beruf aufgab.

Hitler: "Das Ziel der weiblichen Erziehung hat unverrückbar die kommende Mutter zu sein."

Bezüglich der Hebung der Geburtenrate ist die CSU wahrscheinlich einer Lüge Hitlers aufgesessen (2,5 Mio. Menschen seien im Nationalsozialismus mehr geboren worden). In Wirklichkeit sank die Familiengröße: von durchschnittlich 3,9 Mitgliedern (1933) auf 3,3 (1939).

Oder faszinierte Strauß, daß den Frauen das passive Wahlrecht entzogen wurde? Er bekannte noch vor Jahren: "Ich kann mich nicht dazu entscheiden, daß mehr Frauen in der Politik tätig sein sollten".

Schließlich setzte Hitler Mutterschaft mit Militärdienst gleich: "Jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ist eine Schlacht, die sie besteht, für das Sein oder Nichtsein des Volkes." "Ich sehe in ihnen die Kinder, die den Müttern genauso gehören wie im selben Augenblick auch mir."

Absolute Verfügbarkeit der Kinder für den Staat - ja, das will die CSU.



Die Frau schafft im Hause an, der Mann kümmert sich um den IV Weltkrieg



Kämpfende Frauen nicht gefragt

Berufstätige Frauen sind bei der CDU/CSU deshalb so unbeliebt, weil sie nicht nur Selbstbewußtsein lernen durch ihre Arbeit (das macht v.a. die finanzielle Unabhängigkeit), sondern die Gefahr ist noch viel größer - sie lernen im Betrieb auch das Kämpfen. Frauen, die am stärksten die Kohl-Regierung ablehnen, sind Arbeiterinnen und Gewerkschafterinnen und auch Frauen von gewerkschaftlich organisierten Männern. Bei den älteren Frauen über 50 Jahren ist das umgekehrt, hier steht Kohl im höchsten Ansehen.

Die Familienpolitik der Bundesregierung bezweckt die Entrechtung der Frau. Doch was noch bei der Begründung der Maßnahmen hervorlugt sind Rassismus und Kriegsvorbereitung.

Rassismus

Es sind nicht nur die Neonazis, die das Anwachsen der türkischen Bevölkerung gegen die kleinen deutschen Familien ausspielen. Was ist es anderes als Rassismus, wenn Strauß von dem "Verfall der biologischen Grundlagen unserer Leistungsgesellschaft", der uns drohe, spricht? Warum versucht die CDU/CSU Panik zu erzeugen,

die Deutschen (die deutsche Rasse) sei vom Aussterben bedroht? Warum wird die ausländische Familie nicht geschützt - ganz im Gegenteil?

Militarismus

Wenn Kohl sagt, ein Ja zum Kind sei ein Ja zu Deutschland, gibt er zu, daß er nicht bloß die unpolitische Frau will - er will die, die ihren Sohn fürs Vaterland auch in den Krieg schickt. So wie die US-Mutter, die erklärte, stolz darauf zu sein, daß ihr Sohn im Libanon sein Leben gab für die Großmachtinteressen der USA. Die Kinder sollen den Herrschenden gehören, damit sie im Krieg verheizt werden können. Erst haben die Mütter die Last der Erziehung zu tragen, dann werden ihre Söhne in den Kasernen gedrillt und schikaniert. Sie sollen lernen, auf Befehl zu morden, ohne zu fragen, wen es trifft - Arbeiter, Frauen und Kinder, Menschen, die auch in Freiheit leben wollen. Und ihre Töchter sollen die Frauen so erziehen, daß auch sie "die Last der 9 Monate", die die "Würde der Frau" ausmachen, freudig auf sich nehmen und ihre Kinder genauso zum Gehorsam gegenüber den Herrschenden einstimmen.

Es ist auch kein Widerspruch dazu, daß die gleichen Kräfte, die die Abtreibung verbieten wollen und die Mütter wieder zu Dienerinnen machen wollen, die Wehrpflicht für Frauen fordern. Gebärzwand und Frauen in der Armee haben eins gemeinsam: die Frauen und ihre Kinder sollen dem Staat zur Verfügung stehen, auch bei und für die Massenvernichtung.

Presseglossen:

Früher einmal, 1980, als die Bewegung gegen Strauß stark war, haben angeblich liberale Blätter wie STERN und Münchner ABENDZEITUNG auch mal vor Strauß gewarnt. Sie haben damals ihr Fähnchen nach dem Wind gedreht und tun es immer noch. So beklagen sie heute den Verfall des Stils auf dem diplomatischen Parkett, wie z.B. Heinrich Jaeneke vom STERN: "Wenn aber das Gebot der Qualifikation entfällt, wenn politische Funktionen nur noch nach dem Prinzip der negativen Auslese besetzt werden, dann verliert das System seine innere Legitimation."

Wer bringt's denn stattdessen, nach Jaenekes Meinung?

"Und gänzlich vereinsamt dreht Franz Josef Strauß, der Beelzebub von einst, seine Pirouetten auf der leeren Bühne, nur noch von wenigen Kennern seiner Kunst beklatscht."

Daß es sich bei den Pirouetten um einen Totentanz handelt, ist ja egal, Hauptsache das "Gebot der Qualifikation ist erfüllt". Dann verlieren wir vielleicht unsere "innere Legitimation" nicht, aber dafür alles andere.

"Er würde regieren. Es gäbe bei ihm eine Konzeption, über die man streiten könnte - aber sie wäre erkennbar", so Wolf Heckmann in der AZ vom 15.2.84, der sich auch "eine klammheimliche Freude nicht verkneifen kann", "wenn Franz Josef Strauß außenpolitisch zuschlägt" (AZ, 17.2.84, Heckmann).

Die Freude empfand er angesichts der Syrienreise von Strauß, als dieser wieder einmal eine geballte Ladung in Richtung der stark lädierten Bonner Bastion abgab. "Aber vielleicht hat er, der bei der "Einfädlung" des sattsam bekannten Milliarden-Vertrages für die DDR viel Schimpf ertragen mußte, in Wirklichkeit etwas (für beide Seiten) sehr Vernünftiges zustande gebracht da einen Punkt gefunden... Wenn Strauß nur ein wenig zur Entkrampfung beigetragen hat, dann war sein Blitzbesuch nicht umsonst. Auch wenn die Regierenden in Bonn sich grün ärgern" (Heckmann, AZ 17.2.84). Nun war der Milliardenkredit 'vernünftig' nur für die beteiligten Banken, denn die geben Geld und eh man sich versieht, gehört ihnen alles.

In Syrien hat Strauß nichts anderes getan. Er versuchte in ein klassisches Einflußgebiet der Sowjetunion einzudringen und möglichst von den USA dort seine Geschäfte zu machen. Den USA sind zur Zeit wegen der traditionellen Feindschaft Israels mit Syrien die Hände gebunden.

Wir müssen Kohl stoppen, Herr Heckmann, bevor Strauß ihn stoppt!

"Racheakt nach Hänseleien" (SZ, 6.4.84)

"Gehänselt" wurde ein Schwarzer.

"Nur ein toter Neger ist ein guter

Neger", so pöbelte ihn ein betrunken Student an. Solange, bis der Beleidigte zustach. Der Student ist tot, der Schwarze flüchtig. Und dem SZ-Reporter gehen einige Begriffe durcheinander:

Rassismus und Volksverhetzung haben mit "Hänseleien" nun tatsächlich nichts zu tun. Und was heißt Racheakt; selbst wenn das (un)gesunde Volksempfinden bei Schwarzen eine gewisse Heißblütigkeit und Unbeherrschtheit voraussetzt, ist es doch vielmehr so, daß der bis auf's Blut Gedemütigte und lebensgefährlich Bedrohte, der nur tot gut sei, den Spieß im wahrsten Sinne des Wortes umdrehte.

Zitate aus dem Bayernkurier:

"Deutschland endet weder an der Elbe noch an der Neiße. Deutschland als Gesamtheit darf nicht nur als juristischer Begriff auf dem Papier stehen. Das Bewußtsein und die Vorstellung von Deutschland müssen mit politischem Leben erfüllt werden. Auch in der Außenpolitik, die nicht zu einer 'Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten' herabkommen darf... Das gilt auch für die deutschen Gebiete Pommern, Ostbrandenburg, Schlesien und Ostpreußen. Wir müssen auch für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen, der Memelländer und der Danziger eintreten, sowie für das Heimatrecht der Deutschen in Südosteuropa, insbesondere in Siebenbürgen und in dem Banat..."

Die Bundesregierung wird aufgefordert... auf die Verletzung des völkerrechtlichen Anknüpfungsverbots durch die Sowjetunion und Polen hinsichtlich der deutschen Ostgebiete mit Nachdruck aufmerksam zu machen."

(Deutschlandresolution der Landesvorstandssitzung der Union der Vertriebenen/Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung unter Vorsitz des CSU-Landtagsabgeordneten Sieghard Rost, BK, 14/74)

Um die angesprochenen Gebiete heim ins Reich zu holen und die Stellung der sogenannten Volksdeutschen in Rumänien, Tschechoslowakei usw., wieder zu dem zu machen, was sie mal war, braucht's auch was anderes, als nur 'Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten'. Vielleicht eine europäische Armee??



DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

Herausgegeben von Anti-Strauß-Komitee

Postscheckkonto Jacobi
München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflussreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Presserechtlich verantwortlich: Christian Lehsten,
Isartalstr.24, 8 München 5 E.i.S.

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee
München und Regensburg

Strauß in Aktion

„So kuschen Kohl und Stoltenberg vor F.J. Strauß“

- zutreffende Meldung der AZ vom 18.4.84. Nach den Brüsseler EG-Beschlüssen, die für die Bauern große Einkommensverluste bedeuten, erhielt die CSU wütende Proteste von den Bauern. Der verantwortliche Minister Kiechle kommt schließlich aus Bayern.

1. Coup von Strauß: Kiechle habe nur die Welsungen Kohls ausgeführt. Dieser allein trage die volle Verantwortung. Doch um den Zorn der Bauern abzulenkten und zu besänftigen, reichte dies wohl kaum, deshalb folgte gleich am nächsten Tag der

2. Coup: Strauß schickt Kiechle zu Kohl und fordert zwei Milliarden DM (jährlich) für die Bauern.

Kohl und Stoltenberg stimmen zu - noch am gleichen Tag. Kiechle lobte die "große politische Erfahrung" von Strauß.

Für die Bauern - fast alle CSU-Wähler - sind zwei Milliarden drin. Das ist das Dilemma von Strauß: er will in Bonn mitregieren, aber nicht die Verantwortung tragen.

(Spiegel Nr. 12/84). Für Strauß macht es sich gut, so etwas zu vertreten - seine rechten Anhänger, die in ihm den Führer ihrer Bewegung sehen, wissen es ihm zu danken. Natürlich weiß Strauß, daß von der Justiz in diesem Staat sowieso kaum ernsthafte Verfolgung faschistischer Propagandalügen zu erwarten ist. Strauß nutzte aber die Gelegenheit, von der Reinwaschung zur Offensive gegen die Antifaschisten überzugehen. Jetzt heißt es in dem von Justizminister Engelhardt vorgelegten Entwurf:

"Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr soll auch entsprechende schriftliche Propaganda zu Verherrlichung schwerer Verbrechen eines anderen Gewaltregimes gegen Deutsche geahndet werden (SZ vom 14./15.4.84) Judenvernichtung gleich "Vertreibung der Deutschen" - das ist die zynische, makabre Aufrechnung von Strauß. Eicke Götz von der CSU durfte im Bundestag ganz deutlich werden: "Wer die Vertriebsverbrechen an Deutschen als Maßnahmen im Rahmen einer Umsiedlungsaktion bezeichne, dürfe nicht anders behandelt werden als jemand, der die Hitlergräueltat zu rechtfertigen versuche."

„Kampfgruppe gegen Strauß“ im Auswärtigen Amt?

Der Bayernkurier hat im "Auswärtigen Amt" eine "Kampftruppe gegen Strauß" gesichtet (25.2.84). Angeblich soll Genscher den deutschen Botschafter in Togo angewiesen haben, den Besuch von Strauß im Frühjahr 83 zum "Mißerfolg werden zu lassen". Bewies dafür ist dem Bayernkurier ein internes Dienstpaarier des Botschafters an das Auswärtige Amt, wo es unter anderem hieß: "MPR Strauß und seiner z.T. privaten Begleiter mußte, wie die Dinge hierzulande laufen, der Besuch zur Staatsaffäre auflaufen." Strauß läßt tatsächlich keine Gelegenheit aus, um Genscher fertig zu machen (wobei er ihn auch noch zum Straußgegner aufwertet). Bei seinerACHERMITTWOCHSREDE in Passau sagte er eindeutig, daß die FDP überflüssig sei. Was an liberalem Gedankengut gut sei, habe die Union längst übernommen.

"Was an liberalem Gedankengut entartet ist, werden wir nie übernehmen. Die CSU wolle keine Trennung von Kirche und Staat. Sie werde nie der Straffreiheit des Drogenkonsums oder der Homosexualität bei Minderjährigen zustimmen. "Das ist nicht mehr liberal, das grenzt an pervers" BK, 17.3.84) "Enartete" und "Perverse" hat man schon einmal vernichtet. Die FDP stützt das Kohl-Kabinett und versperrt dadurch Strauß den Weg nach Bonn.

Strauss will Europaarmee - Ehmke auch!

Vor 1400 Teilnehmern forderte Strauß auf dem Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU: "Die Einigung Europas ist jedoch die Grundvoraussetzung für den Abbau des Rückstandes gegenüber den USA und Japan auf dem Gebiet der Zukunftstechnik, die gerade auch für das Militärwesen große Bedeutung hat, für die Erhaltung des Selbstbestimmungsrechts der Europäischen Völker über ihr eigenes Schicksal, für ein angemessenes Mitsprache-



Zeichnung: Hummel (abst.)

AZ zeichnung: Externist

Strauß hintertreibt Gesetz gegen die "Auschwitz-Lüge"

Die noch von der SPD-Regierung vorgelegte Gesetzesänderung zur strafrechtlichen Verfolgung neonazistischer Propaganda war Strauß gar nicht recht: In einem vertraulichen Schreiben teilte die Bayer. Staatsregierung dem Justizministerium mit, daß sie "eine strafrechtliche Regelung des Komplexes "Auschwitzlüge" nicht wünscht"



Ein neuer Kämpfer in unseren Reihen...

recht in weltpolitischen An-
gelegheiten, von denen Europa
betroffen ist...." (Bayernkurier vom 14.4.84)

und die SZ zitierte Strauß dahingehend, "die politische Einigung Europas müsse jedoch auch zur Aufstellung einer europäischen Verteidigungsstreitmacht führen, die stärker sein könne als die einzelnen Armeen zusammengenommen." (SZ vom 9.4.84)

Soweit Strauß - das alte Europa-konzept, das Zukunftskonzept für "Deutschlands Größe", mit dem Strauß für kommende Zeiten sich bereit hält. Es ist die todbringende Strategie, die bereits zweimal Tod und Verderben über Europa und die Welt gebracht hat. Aber daß Ehmke von der SPD dem zustimmt, daß ein AZ-Kommentator schreiben kann: "Und beide -

Strauß wie Ehmke - setzen fast wortgleich auf dasselbe Rezept gegenüber Reagans Rüstungstreiberei: ein eigenständiges Europa, das sich militärisch von den USA wenn nicht abkoppelt, so doch emanzipiert." (AZ vom 11.4.84) - das ist das Schlimme daran.

Strauß: Airbus statt Boeing

Die Europaarmee soll natürlich auch fliegen - mit deutschen Fliegern, und dem deutschen Boss der Airbus GMBH, der sich wie folgt dazu äußerte:

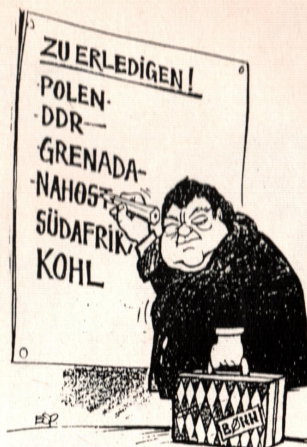
"Wir brauchen aber große europäische Zusammenschlüsse. Ich bin seit dem März 1970 an leitender Stelle eines großen europäischen Industriekonsortiums, nämlich des Airbus-Konsortiums tätig. Ich habe eingehende Erfahrungen gesammelt auf diesem Gebiet. Wir haben den Amerikanern wieder Konkurrenz gemacht. Luftfahrt und Raumfahrt brauchen internationale Zusammenschlüsse, brauchen große politische Einheiten. Wenn wir nicht damals Ende der 60er Jahre diesen Beschluß gefaßt - und durchgeführt hätten - und ich habe in den letzten Wochen in zähen Ringen mit Bonn die Fortsetzung des ganzen Projektes erreicht -, dann gäbe es in wenigen Jahren im nicht sowjetisch beherrschten Teil der Welt nur mehr einen Hersteller von Großraumflugzeugen, nämlich Boeing in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dann würden uns die Amerikaner, die ja auch auf ihre Interessen natürlich sehen, was ihr gutes Recht ist, die Preise diktieren."

(Strauß, Aschermittwochsrede 84, BK, 17.3.84)

Zur Erinnerung: Die Bundesregierung hat das Strauß-Projekt mit Millionen subventioniert.

Strauss zu Südafrika

Eine schwarze Mehrheitsregierung und die Verwicklung des gleichen Stimmrechts für alle, würde nach Ansicht von Strauß "dem Chaos den Weg bahnen". Wer diese Forderung erhebe, handle "daher im hohen Maße unchristlich". Da das faschistische Chile sich nicht mehr zur Lobpreisung eignet, da dort zuviel gegen Pinochet demonstriert wird, hat Strauß sich mehr auf Südafrika verlegt. Außerdem ist das dortige Regime wirtschaftlich erfolgreicher, fördert Uran und ist geeignet für Atomwaffenversuche. Zum dritten ist die rassistische Hetze für Strauß eines der wichtigsten Themen auf seiner



Tagesordnung. Damit nicht noch mehr Menschen auf die Idee kommen, der Reichtum der faschistischen Herrschaftsclique und die Profite der westdeutschen Firmen gingen zu Lasten der schwarzen Bevölkerung, sprich blutige Unterdrückung!

Strauß für Streik

Auf den ersten Blick - kaum zu glauben - ein Franz Strauß, der in seiner CSU das Konzept zur Zerschlagung der Gewerkschaften ausarbeiten ließ, und der verhinderte "Ein-Mann-Diktator" Otto Habsburg erklärten sich mit einem Streik solidarisch und besuchten gar die Streikenden. Die Presse war voll mit Bildern von Strauß und Habsburg zusammen mit streikenden Fernfahrern am Brenner und berichtete ungewöhnlich wohlwollend.

Mancher wird sich gedacht haben - die Fernfahrer streiken zu Recht, schlechte Bezahlung, mörderische Arbeitsbedingungen. Nur, seit wann unterstützt Strauß sowas? Und wieso greift die Polizei nicht ein? Und wieso entlassen die Unternehmer die streikenden Fahrer nicht? Wer dann genauer hinsah, mußte feststellen, daß es um höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen für die Fernfahrer überhaupt nicht ging. Habsburg und Strauß ging es um die Beseitigung der Grenzkontrollen, darum, daß "die tief unter einem Berg aus Butter oder Rindfleisch, Magermilchpulver oder Schweinefleisch liegende Europaidee" (Strauß in Wien, SZ 2.3.84) nicht verloren geht. Sie unterstützten und benutzten die Fernfahrer, um Druck auf die italienische Regierung zu machen. Denn die Italiener hatten es angesichts der eigenen landwirtschaftlichen Überproduktion und wegen der Proteste der eigenen Bauern überhaupt nicht eilig, die Einfuhr noch größerer Teile des Butter- und Fleischbergs zu beschleunigen.

Eine solche Politik der italienischen Regierung ist natürlich mit der Europaidee von Strauß und seiner Brötchengeber (siehe Flick-Spende an Strauß von 950 000,-DM) nicht vereinbar. Die westdeutsche Wirtschaft ex-

portiert 26% ihrer Produkte und die EWG ist der mit Abstand größte Auslandsmarkt. Will es Strauß den Herren der Wirtschaft in diesem Land recht machen, so muß er für den ungehinderten Export ihrer Waren sorgen. Und dafür war ihm der Fernfahrerstreik gerade recht. Schließlich würde man die italienische Regierung wohl kaum unter Druck setzen können, wenn Flick oder Julia von Siemens oder Großbaggerer wie der Fürst von Turn und Taxis streiken, auch nicht wenn Strauß zu Besuch kommt.

Strauss zur 35-Stunden-Woche

"Wir können uns einen Streik gar nicht leisten. ... Es geht auch nur vordergründig um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich; ich sehe eindeutige politische Motive. Da wollen einige ihr Mütchen kühlen für den Regierungswechsel in Bonn."

Wer 'Wir' - Strauß und die Unternehmer? Insgesamt argumentiert Strauß bei der 35-Stunden-Woche anders als Kohl, Blum und wie sie alle heißen. Wichtig ist der zweite Teil seiner Erklärung vor dem Wirtschaftsbeirat der Union. "Streik ist kein Mittel, um eine mißliebige Regierung in Schwierigkeiten zu bringen." Strauß sieht genau, daß der Streik um die 35-Stunden-Woche über das Ökonomische hinausgeht, daß hier auch ein politischer Kampf geführt wird. Es geht auch um den Kampf gegen die Kohl-Regierung und das ist gut so!

BMW als Panzer?

Am 2. April 84 betrat F.J.S. das Festzelt, um den Grundstein für das BMW-Werk zu legen - ein Ereignis, auf das er sich (wie die Regensburger "Woche" vom 5. April 84 zu berichten weiß) "schon lange gefreut hatte".

Warum - das erfährt man ebenfalls in o.g. Blatt: Vor dem Hintergrund der Worte: "Grundstein für die Zukunft", die auf der Bühne prangten, stellte Strauß zufrieden fest: "BMW baute schon immer großartige Automobile. Die konnte man genauso gut als Panzer verwenden."

Richter-Schelte für Strauß

München - Bayerns Richter wehren sich gegen Ministerpräsident Strauß: Er hatte ihnen wegen des Baustops für das Atomkraftwerk Isar II in Ohu „Sabotage am Aufschwung“ vorgeworfen. Die Richter kontertent gestern: Ihre Aufgabe sei es nicht, „Entscheidungen unter dem Blickwinkel der größtmöglichen Förderung der Wirtschaft zu fällen“. AZ 15.3.84

Wir in Aktion

Warum Kiesel in München verlor

Die folgende Reportage beleuchtet die Stimmung, die die Niederlage Kiesel's als Vertreter der Großkopferten ankündigte.

Es ist der 31. März 1984, ein Tag vor der Stichwahl der Oberbürgermeisterkandidaten von München.

Der CSU-Kandidat Kiesel, Postsekretärssohn, blieb mit über sechs Prozent hinter dem Sozialdemokraten Schorsch Kronawitter zurück. Weil Kronawitter nicht die absolute Mehrheit bekam: gibt es Stichwahlen.

An diesem Tag haben die Kommunisten zu einer Demonstration - der zweiten innerhalb von vierzehn Tagen, aufgerufen. Gegen die CSU mit Kiesel und Anhang. Kiesel - der örtliche Beauftragte des Großkapitals soll Bürgermeister bleiben. Damit es so bleibt, wie es ist.

Aber - es gibt Leute, die wollen nicht daß es so bleibt, wie es ist ...

Gollierplatz, Münchner Stadtteil Westend, von den besseren Bürgern in Grünwald und Solln auch verächtlich Türkenviertel genannt. Die Turmuhr schlägt zehn. Von weitem schon sichtbar rote Transparente. Aber das ist es diesmal nicht, was die Demonstration besonders kennzeichnet. Hier ist die Prominenz selbst vertreten. In strenger Ordnung hat man sich aufgestellt. Wer da alles mitmarschiert! Am auffälligsten wohl ein Herr mit dem Kopf eines rosigen Ferkels - aber nein! - Es ist Erich Kiesel, der Titelverteidiger des Oberbürgermeisterpostens und gleich siebenmal! Dann ganz fein gekleidete Herrschaften: unter anderem Frau und Herr Quandt, F.K. Flick mit kariertem Sakko, Arndt von Bohnen, dieser zarte Knabe, der wohl prominenteste Arbeitslose, dessen Arbeitslosenunterstützung durch die Familie Krupp zig Millionen beträgt.

Sie alle wollen Erich Kiesel, diesen rosigen Herrn zum Oberbürgermeister haben und werben hier auf der Straße für ihn - eine wundervolle Idee. Einen hätte ich fast vergessen: Josef Schörghuber, von seiner Freundin Marianne Strauß hier öffentlich 'Schörgi' genannt, der gutmütige Bayer, den der

Rassist Stütze, Sozialreferent in München



christlich-soziale Kiesel gleich mit einem Zwanzig-Millionen-Geschenk bedacht hat. Jener Schörghuber, der den innigsten Wunsch eines jeden Bayern für sich verwirklicht hat, nämlich in den Besitz einer Brauerei zu gelangen und nicht nur einer einzigen ...

Wofür demonstrieren sie - Kiesel und seine Freunde?

Gegen die 35-Stunden-Woche, für Haus- und Mietwucher, gegen die Arbeitslosen, für den polizeilichen Todesschuß, für die Schwarzen Sheriffs von München - für die uneingeschränkte Herrschaft des Geldes.

Noch sind wenige Zuschauer da, meist ältere Menschen, die mit offenem Mund auf dem Gehsteig stehen. Erstaunt, ungläubig dreinblickend. So eine Demonstration hat man noch nicht gesehen. Das ist doch sonst so todernst, mit Sprechchören und so weiter. Und jetzt sowas! Doch - die feine Gesellschaft wird schnell erkannt - von den Leuten hier. Nur von einem nicht, der vorn an der Ecke steht, mit blaugrüner CSU-Tüte: einem CSU-Mann, der Flugblätter verteilen will. Dabei bleibt es auch, denn er findet hier tatsächlich keine Abnehmer. Mit dem unvermeidlichen Gamsbart, dem trügerischen Kündler der Volksverbundenheit und blauem Anorak steht er da - Beamtengezicht, Brille. "Da geht's her Leit. I hob was für Eich", biedert er sich im besten Hochbayerisch an. Da tritt ein grauhaariger Alter, der bis dahin schweigend dastand, an ihn heran, macht eine wegwerfende, verächtliche Handbewegung. "Du da - ja Du bist gemeint - mit Deim Mist - schleich Di! Solchene wie Du ham mer in die dreißiger Joar a ghabt -- Der Gamsbart will etwas sagen, versucht überlegen über diesen dummen Arbeiter zu lächeln, aber kommt nicht zu Wort. "Hast mi verstanden? Hau ab mit Deim Kiesel! Was ist nachher mit de Mietn, mit die Arbeitslosen, ha -- geh, schleich Di". "Aber das ist doch a Unsinn, die CSU hat doch immer ..." beginnt der Angegriffene noch mit gönnerhafter Miene, die sich aber in die unverhohlene Wut des Schreibtischbürokraten wandelt, dem ein unbotmäßiger Bittsteller gegen-



übersteht, als ihm der Alte wahrhaftig mit dem Stock droht. Was weiß dieser Pöbel schon von der CSU! "Saubande, dreckige --" oder ähnliches murmelt er, der mit Lügen nicht überzeugen konnte und huscht über den Gehweg auf einen Lodenmantelbekleideten mit Aktentasche zu, der ebenfalls aus sicherer Entfernung krächzt "Blödes Pack, mein Bus hab i wega eich verpaßt". Man übt Solidarität. Beide stehen lange da. Der Lodenmantel versäumt den nächsten und den übernächsten Bus. Gewichtige Argumente gegen die Demonstration gibt es augenscheinlich nicht. Es ist so, als wären die Kostümierten die Dargestellten selber und man traue sich nicht an der vermeintlichen Wirklichkeit vorbeizumogeln. Es ist wie ein Bann, der die wenigen Reaktionsäre ergreift. Ja - die Rechten sind hier im Westend nicht stark vertreten, als sich der Zug mit Lautsprecheransagen über den Zweck der Demonstration in Bewegung setzt. Vorn weg ein weißes Transparent "Wer CSU wählt ..." Dahinter die Verantwortlichen für Arbeitslosigkeit, Mietwucher usw. usw.

Eigentlich sind es zwei Demonstrationen. Denn natürlich und besonders kommen die zu Wort, die betroffen sind von Arbeitslosigkeit und Mietwucher, vom Abbau elementarer Menschenrechte - die Arbeiter, die deutschen und die ausländischen. Die Arbeiter mit ihren Familien. Mit den roten Transparenten. Die Frauen und die Kinder.

Es geht die Gollierstraße entlang durch Türkenviertel, den Stadtteil Münchens, wo engste Verbündete der Münchner Arbeiter unter kargen, heruntergekommenen Dächern leben, für viel zu hohe Mieten - die ausländischen Arbeiter. Und als die Sonne doch ein bißchen durchbricht, durch den schmutzigen Himmel, kommen auch die Menschen heraus und säumen die Straßen. Ganz plötzlich sind sie da. Viele türkische Arbeiter, Kinder, lachende dunkelhaarige Mädchen mit Kopftüchern kichern, zeigen mit den Fingern auf die eine oder andere Gestalt unter uns. Jedes Kind hat seinen Reim darauf. Die Eltern erklären, was sie dazu meinen. Manche wissend, viele belustigt, staunend, auf jeden Fall voll Freude.

Das ist das Besondere an dieser Demonstration. Die Menschen freuen sich! Und man kann getrost sicher sein: auch wenn das eine und andere nicht gleich verständlich ist - die ernsthafte Erörterung folgt. Einer liest das Flugblatt, wo alles draufsteht, erklärt - streitet ab, stimmt zu - das Bild rundet sich ab. Die Betroffenen verstehen. Sie lachen laut, rufen etwas, am meisten höre ich: "Gut, was ihr da macht, aber wir dürfen ja nicht wählen!" Ja, obwohl sie hier arbeiten, ausgebeutet werden sozusagen Kraft Gesetzes, dürfen sie noch immer kein Wörtchen mitreden über die Art der Gesetze, sie betreffend. Sie zahlen ihre Steuern für Flick, den deutschen Konzernherrscher, aber wählen dürfen sie nicht. Bei der letzten Türkeidemonstration in Köln waren über 20.000 türkische Arbeiter. Und es waren noch lange nicht alle, die für Demokratie kämpfen. Davor haben die Wahlherren, so scheint es, doch Angst.

In der Schwanthalerstrasse eine kleine Episode. Direkt vorm Gewerkschaftshaus stehen mit gewichtigen Aktendeckeln unterm Arm mehrere beleibte Männer. Der eine hält schon die Schwingtüre auf. Ich trete schnell heran: Was meinen die Gewerkschafter zu dieser Demonstration gegen Kiesel und die CSU? Keine klare Meinung. Keine Parteinahme. Einer meint grinsend: "Wir tun auch etwas" und klopfte eifrig auf seinen Aktendeckel. "Wir tun schon was, was meinst du, warum wir uns am Samstag treffen?", meint der andere. Was er tut, und wofür, sagt er nicht. Schnell sind alle verschwunden, etwas ängstlich wohl, sie könnten von dem einen oder anderen hier auf der Straße erkannt werden. Wie ich später höre, gab es auch ältere Gewerkschafter, die der Demonstration ihre Achtung zollten, gipfelnd in dem Satz "Des bringa mir net auf'd Straß aber macha müßt mans a ..."

Wir kommen an die Ecke Schwanthaler-/Schillerstraße. Die Ansprechbarkeit der hier Wohnenden, für die Ziele unserer Demonstration, ist



begrenzt. - Hier ist eine Spelunke neben der anderen, rotes Licht und rote Vorhänge überall. In den Fenstern lebensgroße Fotos dürftist bekleideter Frauen, deren Gesichter

als Zutat gedacht sind. Jeden Tag werden hier gewisse Herren ausgeplündert, gibt es Schlägereien zwischen befetzten Zuhälterbanden. Die schmierigen kleinen Spelunkenbesitzer hier müssen für die Profilierungssucht des hiesigen Kreisverwaltungsreferenten Dr. Gauweiler als Saubermann herhalten. Der ließ schon mal das eine oder andere Puff hier schließen, er, der selber beste Beziehungen zu besseren Spelunkenbesitzern pflegt. Übrigens: Gauweiler ist in der Demonstration mit von der Partie, marschiert inmitten der Schwarzen Sheriffs, einer privaten, bewaffneten Schutztruppe fürs Kapital, die nach SS-Vorbild schwarz gekleidet, in Münchens U-Bahnen, auf dem Olympiagelände und im Bezirkskrankenhaus Haar für Recht und Ordnung sorgt.

Sendlingertorplatz. Der Demonstrationzug löst sich auf, die einen sind Zuschauer, die kostümierten gruppieren sich um die Bühne herum. Passanten kommen heran, beäugen die feinen Herrschaften, die sich da für den amtierenden Oberbürgermeister stark machen. Und tatsächlich: es gibt Leute, die meinen, dies alles sei nicht gespielt. Als die Schwarzen Sheriffs da aufmarschieren, meint ein gestandener Münchner - schon weit über die 60 im Vorbeilaufen: "No, alles was recht ist, jetzt lassen sich die Schwarzen a no Negativ-Werbung einfal-

len. Die san doch ganz und gar verrückt!" Er ist wirklich zornentbrannt. "No, was!" Ich frage ihn, ob er tatsächlich meint, die CSU würde so werben. Da schaut er mich unglaublich an, kratzt sich hinterm Ohr und sagt: "Wann i mirs recht überleg, so blöd kennas a net sein." Er fragt mich verdattert: "San des die andern, san die gar net von der CSU?" Ich lache ihn an und fordere ihn auf, doch mal die Transparenz genauer anzuschauen. Auf einmal lacht er. "No, also, jetza hams mi richtig neugierig gmacht - des muß i mir jetzt aber scho genauer anschau." Er geht hin, schaut sich alles an, dreht sich um und lacht grad so heraus: "Ja, so was! Des is ja was ganz anders".

Was auffällt: die Schwarzen haben wenig oder gar nichts zu sagen. Kein einziger, der sich da angriffs-lustig unter

die Kundgebungsteilnehmer wagt. Da bleibt ihnen doch die Spucke weg. Nichts fürchten die mehr, als daß man über sie lacht.

Jetzt wird Theater gespielt. Kiesel tritt gemeinsam mit Julia von Siemens auf, mit Hetty von Auersperg und Gabriele Henkel. Es ist lebendiges Theater, ernstes und lustiges zugleich. Es dient nicht dazu, die Menschen kulturell zu sättigen. Während man lacht, steigt einem die Wut hoch, kommt dieser Gedanke "Da mußst du etwas tun".

Und es gibt Leute, die sich einfach nur freuen, daß es so eine Politik gibt. Was müssen das für Menschen sein, die so Politik machen? Die Marktfrau vorm U-Bahneingang, gegenüber dem Kino, hat einen guten Logenplatz. Obwohl sie während der Aufführung kein Geschäft macht, sehe ich sie lachen. Ich frage sie, ob ihr das gefällt, was hier gespielt wird. Sie strahlt und reißt sich

die kaltgefrorenen Hände: "Ja, des is endlich mal was lustigs, des gefällt mir, was die aufd Schnipp nehmen."

So lachen Marktfrauen hier in München nicht oft, die schon um 4.00 Uhr morgens das Obst holen. Immer wieder wird der Kiesel ausgelacht. Die Kinder rufen immer wieder: "Kiesel, Kiesel..." und machen ihm Nasen. Als der Gauweiler gar auf die Bühne tritt, einem Gangster aus dem Chicago der Zoer Jahre gleichend, mit hellbraun gestreiften Zweireihern, und ihm beim Zählen der Wählerstimmen die Wahlzettel auf den Boden fliegen, ihm eilfertig, unterwürfig ein bebrillter Verwaltungsbeamter zur Hilfe eilt, da bricht Gelächter los, und selbst ernst dreinschauende Gesichter, verdächtig sportlich gekleidet, können sich ein Lächeln nicht verkneifen. Ja, so ein Gauweiler und schon gar die schwarzen Gestalten hinter ihm, gehören weg!



Kiesel trifft Kiesel

Morgens um 6.00 Uhr stehen wir vor dem Fabriktor. Zwei von uns sind als Kapitalistenpaar "von Siemens" hergerichtet worden.

Die Herrschaften von Siemens sammeln Geld für die notleidende Industrie. Drei andere verteilen Flugblätter und eine Genossin trägt eine Kiesel-Maske, die genau das von falschem und selbstgerechten Grinsen verzerrte Gesicht des Oberbürgermeisters dieser Stadt zeigt. Der Gedanke dahinter ist, den Leuten, die sich in die Arbeit quälen, nicht nur ein Flugblatt in die Hand zu drücken, sondern ihnen durch die Karikatur ihrer Ausbeuter zu zeigen, wer in diesem Land das Sagen hat: lächerliche, verkommene Gestalten, die man nur deshalb nicht mit einer wegwerfenden Handbewegung abtun kann, weil sie die Macht haben. Hätten sie die nicht, würde sich keiner mit ihnen abgeben, so wenig haben sie zu bieten. Nach zehn Minuten - die ersten müden Menschen sind an uns vorbei durch das Fabriktor geilt - tauchen lodenbekleidete Herren auf, deren selbstisches Verhalten zeigt, daß sie sich auf der "richtigen" Seite befinden. Dann ein Trupp jüngerer Männer, deren böse Blicke uns treffen. Kurz danach der Chef: Kiesel - die Komödie ist perfekt. Umgeben von seinen Die-

nern baut er sich am Werkstor auf. Angst, vertrieben zu werden, muß er nicht haben. Am liebsten würden sie uns schlagen, man sieht es ihnen an, sie versuchen, uns zu provozieren, rempeln uns an, versuchen, die Kiesel-Maske zu schnappen. Diejenigen, die den Beherrschten immer Gewaltlosigkeit predigen, haben keinen Gewissenskonflikt, wenn es darum geht, gegen politische Gegner Gewalt anzuwenden. Uns schützt die Menge der Arbeiter, die Zeugen wären. Kiesel pfeift seine Hunde zurück, schön bei Fuß sollen sie stehen, uns beschimpfen dürfen sie weiterhin, er allen voraus.

Der Gipfel der Farce: die Kiesel-Karikatur ist besser als das Original, wir hatten ja Zeit, ihn zu studieren. Die kleine Person unter der Maske wird dem lebendigen Vorbild immer ähnlicher, das zwei Meter entfernt agiert. Sie schlägt den vorbeistehenden Menschen auf die Schulter, bittet in heuchlerischem Ton um ihre Stimme, während die zwei Kapitalisten sie als treue verbündete umstehen. Ein paar Schritte weiter der echte: seine Strategie zu ändern ist er nicht in der Lage - wie sollte er auch - also versucht er, sein lächerliches Abbild durch Lautstärke und ein Mehr an Anbiederung in den Schatten zu stellen. Anstatt die Karikatur Lügen zu strafen, verstärkt er deren Wirkung, es ist peinlich. Er erspart den Arbeitern

auch nicht den Zynismus, ihnen einen schönen Arbeitstag zu wünschen und sie darauf aufmerksam zu machen, daß sie einen schönen Arbeitsplatz haben - noch. Zwei kräftigen jungen Männern klopft er auf die Schulter. "Männer" sagt er. Aber sie wollen nicht seine Männer sein, zucken zurück vor diesem Wicht, der sich erlaubt, sie ungefragt anzufassen. Um den Leuten unsere Durchtriebenheit und Bösartigkeit vor Augen zu führen, beschimpft er uns als Kommunisten. Und obwohl das oft genügt, um unliebsame Gegner zu diffamieren, so recht zieht es diesmal nicht.

Endlich ziehen die Rattenfänger ab, unzufrieden und böse, auf uns, auf die Arbeiter und wohl auch auf diese Demokratie, die es immer noch nicht geschafft hat, den Kommunisten das Flugblattverteilen zu verbieten. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Solange muß man sich eben behelfen. Und man behilft sich. Die Quittung erhält die nächste Gruppe, die in genau der gleichen Besetzung vor einer SPD-Veranstaltung auftritt. Sie wird festgenommen. Man hat einen Tag die Demokratie befragt, dann den Apparat in Bewegung gesetzt. Spontan wollten sie uns verprügeln, nach einem Tag Denkpause tut das die Polizei für sie - wirkungsvoller, ohne zu prügeln.

München: „Horror et Justitia“

Um die Forderung 'Weg mit den Schwarzen Sheriffs, weg mit Gauweiler!' möglichst bekanntzumachen, sind wir mit der U-Bahn gefahren. Nichts Besonderes, werden Sie sagen. Wir sind mit der U-Bahn gefahren und haben dabei unser demokratisches Grundrecht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen. Wir hefteten uns Schilder auf die Brust mit der Auf-



schrift 'Weg mit den Schwarzen Sheriffs!' Nicht mehr. Aber dieses demokratische Prinzip ist offensichtlich überall da, wo die Schwarzen Sheriffs das Hausrecht haben, außer Kraft gesetzt. Um es kurz zu machen: sie rückten an, bedrohlich entschlossen, uns eine gesetzeswidrige Handlung nachzuweisen. Die Damen an den Wechselgeldschaltern haben sie unterstützt, indem sie bei unserem Anblick aufgeregt telefonierten. Mit wem wohl?

Die Polizei war auch sofort zur Stelle und begann damit, möglichst viele Personalien 'einzusammeln'. Wozu wohl?

Die U-Bahn-Benutzer waren empört über das massive Auftreten der Polizei und deren entschlossenes Eintreten für die Schwarzen Sheriffs. Denn die meisten zeigten sich erleichtert, daß sich endlich mal jemand traute, offen gegen die Schwarzen Sheriffs aufzutreten. Viel Vertrauen in den 'Schutz', den die Schwarzen Sheriffs bieten, haben sie wohl nicht. Warum wohl?

Sie glauben, sie könnten sich erleichtert zurücklehnen. Schließlich hat die überwältigende Mehrheit der Münchner gezeigt, daß sie die CSU satt hat. Aber die Arbeit geht jetzt erst richtig los. Denn sie haben es mit einem OB Kronawitter zu tun, der auf das Problem Gauweiler angesprochen, sagte: "Herr Gauweiler ist für weitere vier Jahre gewählt. Ich gehe davon aus, daß auch

er loyal zum OB ist." (Aus: Münchner Wochenblatt 14/84) Und das heißt, daß Gauweiler und der Rassist Stütze weiterhin unbehelligt ihr Unwesen treiben können. Und das heißt für alle, die eine Politik wollen, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung entspricht, bei Krona-

witter und den SPD-Stadträten deren Wahlversprechen einzuklagen: "Private Polizeitruppen wie die Schwarzen Sheriffs werden aus der U-Bahn und anderen öffentlichen Bereichen zurückgezogen." (Aus: Leitlinien der Münchner SPD für die Kommunalpolitik 1984 - 1990) Konkret: Weg mit den Schwarzen Sheriffs, weg mit Gauweiler!

Um diese Forderung möglichst bekanntzumachen, sind wir mit der U-Bahn gefahren.

Mit dem U-Bahn-fahren gegen die Schwarzen Sheriffs ist es natürlich nicht getan. Die Zustimmung vieler Menschen ermutigte uns: Am Samstag den 7.4.84 und 14.4.84 gingen wir mit einer Reihe von Tafeln vor das Rathaus auf den Marienplatz. Dort sammelten wir Unterschriften und verkauften Anstecker und Broschüren gegen Gauweiler und seine Schwarzen Sheriffs. Die Polizei war natürlich wieder in Aktion, schrieb die Personalien auf und beschlagnahmte beim ersten Mal die Tafeln.



Regensburg: Gegen Sonderrecht für Ausländer

Bekannter Strafrechtler fordert Sonderrecht für Ausländer!

Dr. Friedrich Christian Schroeder, ordentlicher Professor für Strafrecht und Östrecht an der Universität Regensburg will Sonderrecht für Ausländer. Laut einem von ihm verfaßten Artikel in der FAZ vom 13.10.1983 sei ein Teil der Ausländer in der BRD weniger "strafempfindlich" als Deutsche, weil in ihren Heimatländern eine andere Strafpraxis herrsche. Folglich fordert F.C. Schroeder "Strafen zum Heimattarif".

Um sich selbst die Fingerchen sauber zu halten, sieht dieser Herr Schroeder eine aalglatte Lösung: "Strafverfälschen gegen Ausländer an die Justiz des Heimatlandes zu übergeben", also abschleppen zum Strafpfand in die Türkei, nach Chile und in den Iran. Während Schroeder für die härtere Bestrafung von Ausländern an bundesdeutschen Gerichten eine entsprechende Praxis bereits feststellen kann (FAZ 13.10.83), ist das Abschleppen in strengere bis faschistische Gerichtsbarkeit noch ungleich schwieriger. In Juristensprache, F.C.S.: "Dieses Rechtsinstitut steckt jedoch noch in den Anfängen."

Studenten gegen Rassismus

Doch Schroeder hat nicht mit den Studenten der Universität Regensburg gerechnet. Sie stellten fest, daß Schroeder zum Heimattarif (er ist "von drüben rüber") eine ordentliche Strafe für rassistische Hetze zu erwarten hätte (§92 StGB (DDR)) und organisierte neben Vorlesungssprengungen eine bundesweite Unterschriftenkampagne gegen Schroeder.

Wes Geistes Kind

Neben den ideologischen Parallelen zur Weimarer Republik und dem Nazi-Regime gibt es auch die personellen:

Prof. Reinhard Maurach (1902-1976) - geistiger Ziehvater von Schroeder an der Uni München

- arbeitete als Rechtsabteilungsleiter des Osteuropa-Instituts in Breslau an den Osteuropa-Plänen Hitlers mit

- war NS-Richter und natürlich NSDAP-Mitglied und
- Autor im "Weltkampf", dem Zentralorgan für Antisemitismus im faschistischen Deutschland
- nach 1945 war Maurach wieder zuständig für Strafrecht und osteuropäisches Recht an der Uni München und arbeitet
- an der Verteidigung der ENDLÖSUNG: "Putativ-Notwehr"
- am Kampf gegen die in Potsdam festgelegten Grenzen.

F.C. Schroeder

- ging 1960-1967 bei Maurach in die Lehre (Assistent)
- ist natürlich zuständig für Strafrecht und Östrecht an der Uni Regensburg und im Osteuropa-Institut der BRD
- und widmet sich seitdem - neben dem,

was auf seinem eigenen Mist wächst - der Verbreitung von Maurachs Ideen.

Dr. Edmund Stoiber

- ging bis 1971 bei Schroeder in die Lehre (obwohl Stoiber in München studierte und eine Rechtsreferendarstelle in München hatte, war er Assistent von Schroeder und pendelte immer nach Regensburg)
- machte seine Doktorarbeit bei F.C. Schroeder und Ko-Referent Reinhard Maurach.

Originalton Stoiber: "Mit Ratten und Schmeißfliegen prozessiert man nicht!"
Originalton Schroeder: "Mit Quappen diskutierte ich nicht!" (gegenüber den Studenten als Anspielung auf eine Veranstaltung mit dem verstorbenen DDR-Strafrechtler Dr. Friedrich Karl Kaul (Kaul-Quappen).

Weitere Informationen und Material bei: Renate Pilz, Weinweg 51, 8400 Regensburg

"... eine gefährliche These..."

"...verführt seine These unsere Justiz dazu, straffällig gewordene Menschen aus Ländern mit höherem Strafmaß als durch Gewöhnung abgestumpfte und deshalb nur durch Strafen nach dem Muster ihres Heimatlandes abzuschreckende Menschen zu behandeln. Das ist eine These mit schrecklichen Konsequenzen. Als ich mit meiner Kompanie im Januar 1943 von Frankreich nach Rußland verlegt wurde, hatten wir in unserem Transportwagen eine heftige Debatte wegen einer Behauptung, die ein Kamerad, ein sonst ganz biederer Frisör aus Nürnberg, aufgestellt hatte: Der Wahrheitsgehalt der auch von ihm nicht bejahten nazistischen Propagandathese vom "bolschewistischen Untermenschen" läge darin, daß die Menschen in Rußland infolge ihres niedrigen Kulturniveaus Schmerz und Leid, also etwa den Verlust ihrer Angehörigen im Kriege oder Mißhandlungen, nicht so tief empfinden wie wir hochkultivierten Deutschen. Die Folge dieser weitverbreiteten Auffassung war, die Brutalisierung der deutschen Sol-

daten im Umgang mit der östlichen Zivilbevölkerung, auch z.B. die Einführung körperlicher Strafen in den Fabrikbetrieben des deutschen Besatzungsbereiches, durch die bei der sowjetischen Bevölkerung, die an solches eben gerade nicht "gewöhnt" war, im besonderen Maße der Haß gegen die Deutschen aufflammte.

Schroeders Heimattarif 1 (Beispiel Pakistan)

"Seit die Amputation der Hand als Strafe für Diebstahl 1979 eingeführt wurde, sind Berichten zufolge 22 Menschen zur Amputation verurteilt worden..."

Eine neue Kriegerrechtsbestimmung, Nr. 53 vom 27.9.82, erlegte die Beweislast dem Angeklagten anstatt der Staatsanwaltschaft auf. Die Militärgerichte wurden angewiesen, auf der alleinigen Grundlage der polizeilichen oder anderen Ermittlungen von der Schuld des Angeklagten auszugehen, es sei denn, der Angeklagte könne das Gegenteil beweisen. Diese Kriegerrechtsbestimmung... sieht die Todesstrafe als Höchststufe vor..." (amnesty international, Jahresbericht 1983)

Schroeders Heimattarif 2 (Beispiel Iran)

"Es gab weiterhin Hinrichtungen wegen Drogen- oder Alkoholdelikten, und es wurde über Hinrichtungen wegen Ehebruch und Homosexualität berichtet. Am 21. September berichtete Reuters, daß ein neues Gesetz die fortgesetzte Homosexualität mit dem Tode bestraft... Man wird also der These von Herrn Schroeder eines der besten Erbgüter der Aufklärung entgegensehen müssen, nämlich die unbedingte Gleichheit nicht nur aller Bürger, sondern aller Menschen vor dem bei uns geltenden Recht. Weicht man davon im Falle der Ausländer einmal ab, dann wird m.E. binnen kurzem auch die Gleichheit der einheimischen Bürger vor dem Recht angetastet werden; denn warum sollte man da nicht auch eine geringere Strafmäßigkeit der Handarbeiter im Unterschied zu einem Luxus gewöhnlichen Bankdirektor postulieren?"

Professor D. Helmut Gollwitzer, D.D., West-Berlin





10. Februar 1984 - Schaffermahl in Bremen. Seit über 400 Jahren alljährlich stattfindendes Schaufressen mit Kaufleuten, Militärs, Industriellen..., insgesamt ca. 280 Teilnehmern.

Ein Streiflicht auf die Ehrengäste: 1984 Kanzler Kohl, 1983 Unternehmerpräsident Esser, 1936 Reichsführer SS Heinrich Himmler. Dessen damaliger Statthalter in Budapest, Kurt A. Becher, ist heute Mitglied des illustren veranstaltenden Hauses "Seefahrt" - und immer dabei.

Dieses Jahr war der "Freundeskreis von Franz Josef Strauß" ebenfalls zugegen. Unter den Klängen des Defiliermarsches nahm er Aufstellung. Seine Tafeln, durch die die Ehrengäste Spalier laufen durften, fanden bei diesen oft durchaus Beifall:

Die Parolen waren:

- Mit gesenktem Lohn und gehobener Moral optimistisch in die Zukunft
- Gegen Gewerkschaftsterror und Sozialklimbim
- Wer 35 Stunden fordert, rüttelt an den Grundfesten unseres Staates und gehört ins Zuchthaus
- 48-Stunden-Woche bei vollem Subventionsausgleich
- Wer Werften besetzt, schreckt auch vor dem Bloßchewismus nicht zurück
- Volle Wiedergutmachung für Dr. Flick
- Atomwaffen in deutscher Hand sichern unsere Souveränität
- Wir brauchen wieder erfahrene Kameraden - Kurt A. Becher nach Bonn!
- Strauß muß wieder Kanzler werden

Die SZ kommentierte: "Demonstration gegen die Prasserei", sodaß die Aktion der Gewerkschafter, Antifaschisten und Kommunisten ausnahmsweise sogar bei der Presse richtig ankam.

Bremen: Demonstration gegen die Prasserei



Kempten: Tchibo-Justiz

Der Anachronistische Zug wird von der Justiz gezwungen, immer absurdere Wege gehen zu müssen. Wieder einmal ist Kempten Station. Der wiederholt inkriminierte Plagenwagen (mit Strauß zwischen Nazigrößen agierend) ist angeklagt, bzw. das Zeigen von Nazisymbolen. Ankläger ist ein Staatsanwalt, der im Vorstand eines Sportvereins hockt, dessen Präsident einen Kemptener Jungnazi zum Sohn hat. Die "Wehrsport-Gruppe Wildgänse" wurde unbehelligt gelassen, das Verfahren eingestellt, obwohl die Jungnazis Sprengstoff hatten, der gereicht hätte, das Kemptener Gewerkschaftshaus in die Luft zu sprengen. Einer der Verteidiger resümierte nach dem Prozeß die juristischen Verstöße gegen geltendes Recht: Laufend wurden Suggestivfragen gestellt, schon einmal geladene Zeugen wurden erneut geladen und verhört, ohne den Verteidiger zu informieren, Akteneinsicht dem Verteidiger verweigert, usw.

Ein ausführlicher Bericht siehe unten!

Letzte Meldung!!!!!!

Siehe auch S.9

Strauß erhielt 238 Millionen DM von der Bundesregierung als Subvention für sein Lieblingskind, den Airbus. Aber diese lächerliche Summe ist nur die Spitze des Eisbergs: Von den Entwicklungs- und Forschungskosten übernimmt der Bund 85% die Industrie die restlichen 15%. Weiterhin hat der Bund eine Bürgschaft von 4,5 Milliarden DM übernommen und eine Absatzhilfe von 6 Millionen pro Flugzeug bis 1985, später sind es nur (!) noch 4 Millionen. Dazu kommt noch eine Ausfuhrbürgschaft von 6 Millionen DM. Ein teurer Vogel für den Steuerzahler. Ein einträglicher für Strauß und MBB.

Liebe Leser,
Empörung allein ist nicht genug. Die Verurteilten brauchen dringend finanzielle Unterstützung. Spenden Sie auf das Solidaritätskonto Hanne Hiob: Deutsche Bank 3311 735
BLZ 700 700 10

SPENDET !

Anachronistischer Zug rollt durch die Instanzen

Prozeß um das Zeigen von Hakenkreuzen durch Nazigegner / Juristische Plaudereien im Stehcadé

KEMPTEN (Eigener Bericht) - In dritter Auflage beschäftigt jetzt die Justiz der Anachronistische Zug, eine wandernde Darstellung des gleichnamigen Brecht-Gedichts, die zur Bundestagswahl im Herbst 1980 von Sonthofen aus quer durch die Bundesrepublik nach Bonn gezogen war. Bereits 1981 waren die Organisatorin des Zuges und der Darsteller des damaligen Kanzlerkandidaten Strauß wegen Beleidigung des Politikers verurteilt worden. Während dieses Prozesses in Kempten war der sogenannte Plagenwagen, der Hitler und andere Nazigrößen darstellte, gezeigt und von der Justiz beschlagnahmt worden. Der damalige Vorwurf gegen die Warner vor dem Wiederaufleben des Faschismus, nämlich das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, mündete in ein neues Strafverfahren gegen neunmehr vier Angeklagte ein. Eine Verhandlung im Herbst letzten Jahres war geplätzt, v. a. der damalige Richter als Zeuge benannt worden war. Mit einem anderen Vorsitzenden des Schöffengerichts ging es jetzt erneut um die Frage, ob die Nazisymbole erst zum Zeitpunkt einer künstlerischen Aufführung gezeigt werden sind, damit unter den straßlosen Kunstvorbehalt fielen.

Vorwurf der Einnüchtheit

Zu Beginn des Verfahrens versuchten die Verteidiger, die Ablosung von Oberstaatsanwalt Peter Brehm zu erreichen, den sie vorwerfen, ganz im Gegensatz zu seinem Verfolgungseifer gegen ihre Mandanten habe er Verfahren gegen zwei Wehrsportgruppen in Kempten eingestellt und dabei den Eindruck erweckt, Sympathien für rechte Umtriebe zu haben. Diese Einnüchtheit sei eine unerträgliche Belastung für dieses Verfahren. Mit dem Ablosungsbegehren kamen die Anwälte jedoch ebenso wenig durch wie mit verschiedenen Anträgen auf Verfahrenseinstellung. Die von der Justiz begangenen Fehler hätten sich zu einem Verfahrenshindernis summiert. So ent-

spreche die Anklage nicht den Erfordernissen der Strafprozeßordnung. Uniformteile mit Hakenkreuzen und Totenköpfen, die beim Plagenwagen verwendet wurden, seien aus der Obhut der Justiz verschwunden. Schließlich seien Zweifel an einem fairen Verfahren angebracht, nachdem die

Staatsanwaltschaft die Wehrsportgruppen so behandelt habe. Schließlich sei die Justiz befangen, weil sich Richter und Staatsanwälte regelmäßig im sogenannten Tchiboer Kreis zum Kaffee zusammenfanden und dabei Rechtsfälle erörterten.

Zwang gegen Angeklagte

Die Verwerfung der Anträge auf Verfahrenseinstellung führten noch vor Verlesung der Anklageschrift zu einem spektakulären Auszug der Angeklagten aus dem Sitzungssaal. Ein Justizwachmeister versperrte die Tür zwischen dem Flur vor dem Sitzungssaal und dem Treppenhaus, um den Fluchtweg abzuschneiden. Auf Weisung des Gerichts mußten die vier Angeklagten dann einzeln mit unmittelbarem Zwang wieder in den Saal transportiert werden. Zwei Wachmeister packten die Angeklagten jeweils an den Armen und schleppten sie über den Fußboden in den Gerichtssaal.

Anwälte: Kemptener Justizsump

Als Zeugen wurden dann Polizeibeamte vernommen, die aussagen sollten, zu welchem Zeitpunkt der umstrittene Plagenwagen aufgedeckt wurde und wann die Rezitation des Brecht-Gedichts durch dessen Tochter Hiob begonnen hatte. Vom Ermittlungsrichter Peter Ahr war der Wagen beschlagnahmt worden. Jetzt als Zeuge vernommen, erklärte er, zehn Minuten anwesend gewesen zu sein. In dieser Zeit habe keine künstlerische Aufführung stattgefunden und deshalb habe er den Wagen für beschlagnahmt erklärt. Zur Frage, ob NS-Symbole wie Hakenkreuze oder To-

tenköpfe an den Uniformen angebracht waren, stellte er fest, er sei nicht mehr sicher, ob er diese gesehen habe. Auf den Vorhalt, warum er nicht auf Hakenkreuze, sondern gleich auf die künstlerische Aufführung geachtet habe, erklärte der

Richter als Zeuge, diese Frage sei ihm schlicht „zu blöd“. Das trug ihm die Androhung eines Antrags auf Ordnungsgeld durch eine Rechtsanwältin ein. Auf Befragen räumte dieser Zeuge ein, über das Verfahren mit dem jetzigen Richter und auch mit dem anwesenden Staatsanwalt gesprochen zu haben. Insbesondere habe er gesagt, was er von den beteiligten Personen halte. Im Kollegenkreis sei sicher auch über dieses Verfahren gesprochen worden, allerdings nicht im Stehcadé, weil da gerechnet werden müsse, daß andere Leute mithörten.

Nachdem eine Reihe weiterer Anträge der Rechtsanwälte abgelehnt worden waren, warfen sie dem Vorsitzenden des Schöffengerichts, Hansjörg Strasser, Gesinnungsjustiz vor und eine Verfahrensenkung, bei der es am Ende nur zu einer Verurteilung kommen könne. Mit dem Vorwurf, die Kemptener Justiz sei „ein einziger Sumpf“, zogen die Anwälte aus dem Sitzungssaal aus.

Am Freitagnachmittag verurteilte das Gericht alle vier Angeklagten zu Geldstrafen zwischen 500 und 5000 Mark wegen eines Vergehens des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, wobei zum Teil früher verhängte und noch nicht bezahlte Geldstrafen einbezogen wurden. Ein Angeklagter wurde zusätzlich wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt. Künstlerische Elemente seien bei dem Handeln der Angeklagten gegenüber einer Demonstration in den Hintergrund getreten, befand das Gericht. Auch für Nazigegner gelte das Verbot des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen im Interesse des politischen Friedens. „Ernst Tröger

Nürnberg:

Schüler gegen Nazilehrer

Ein Nazi-Lehrer muß das Berufsverbot nicht fürchten. Er darf jahrelang seine Schulleute mit rechtsradikalen Lügen indoktrinieren, ohne daß seine Vorgesetzten eingreifen. Im Gegenteil: sie schützen ihn so lange, bis er nicht mehr zu halten ist, wie der Fall Hans-Jürgen Witzsch zeigt. Daß Witzsch endlich - wenigstens vorläufig - vom Dienst suspendiert ist und die Landesanstalt für Ansbach wieder gegen ihn ermitteln muß, ist nur der Initiative von Antifaschisten zu verdanken, die gemeinsam gegen diesen Reaktionär kämpfen.

Zur Person: Hans-Jürgen Witzsch ist Studiendirektor, Lehrer für Deutsch, Geschichte, Sozialkunde an der Nürnberger Wirtschaftsschule, seit seinem Ausschuß aus der CSU parteiloses Mitglied im Stadtrat von Fürth, Vorsitzender des Fürther Arbeitskreises für Zeitgeschichte und Politik. Als Referent des Arbeitskreises kämpft er gegen den "Niedergang der deutschen Sprache" und die "Kulturverelendung", wendet sich gegen die Darstellung des "Abartigen, Anormalen und Widerwärtigen" in der Kunst. Witzsch ist bei Alt- und Neonazis bekannt und anerkannt. Erwin Schönborn, Gründer zahlreicher faschistischer Organisationen, Vertreter der Hetzpropaganda gegen das Tagebuch der Anne Frank, usw. benennt Witzsch als Zeuge für die Auschwitzlüge. Innige Beziehungen zu österreichischen Rechtsextremisten vervollständigen das Bild. In seiner Funktion als Geschichtslehrer sieht Witzsch seine Aufgabe darin, "das Deutsche Reich auch für die Zeit zwischen 1933 und 1945 vor üblen Verleumdungen und Geschichtsfälschungen in Schutz zu nehmen". Und das heißt für ihn, das verzerrte Geschichtsbild in den Köpfen seiner Schüler richtigzustellen. Richtig heißt für Witzsch z.B., daß die Alleinschuld Hitlers am 2. Weltkrieg nicht erwiesen ist, daß es zwar Gaskammern gab, man aber nicht wisse, wozu sie verwendet wurden, daß keine sechs Millionen Juden, sondern nur zwei Millionen ermordet wurden.

All das müßte genügen, daß mit Witzsch kurzer Prozeß gemacht wird. Doch erst der energische Widerstand der Witzsch-Schüler, deren langjähriger Kampf mit Eltern, Lehrern und Gewerkschaften brachte einige Erfolge.

März 79: Witzsch wird aus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ausgeschlossen.

Januar 81: Witzsch verliert das von ihm angestrebte Beleidigungsverfahren gegen alle, die behaupten, er würde "neonazistisches Gift" an den Schülern verspritzen.

Februar 81: Das Münchner Institut für Zeitgeschichte entlarvt die neonazistischen Thesen, die Witzsch in seinem Flugblatt "17. Juni 1953" aufstellte, als Geschichtsfälschung. Es stellt fest: "Die in der genannten Veröffentlichung aufgestellten Behauptungen ... sind offensichtlich nicht Ergebnisse eigener Forschungen

des Verfassers, sondern Wiederholungen satzsam bekannter Geschichtslegenden rechtsextremer Herkunft; sie haben mit der historischen Wahrheit nichts zu tun."

März 81: Die Stadt Nürnberg ordnet die vorläufige Dienstenthebung an. Bis zur endgültigen Entscheidung erhält er die vollen Dienstbezüge. Februar 82: Parteiausschluß aus der CSU.

Januar 83? Witzschs Klage gegen den Entzug der Fachbetreuung wird stattgegeben. Da jedoch die vorläufige Suspendierung weiterhin besteht, hat das Urteil nicht zur Folge, daß er wieder unterrichten darf.

Juli 83: Das Verwaltungsgericht Ansbach fällt ein skandalöses Urteil. Es spricht Witzsch mangels Beweises! vom Vorwurf, rechtsextreme Thesen im Unterricht vertreten zu haben, frei. Gegen dieses Urteil legt die Stadt Nürnberg Berufung ein. Die ehemaligen Schüler bilden eine Initiative zusammen mit anderen Interessierten und fordern die Anhörung der ehemaligen Witzsch-Schüler als Zeugen vor Gericht.

November 83: Mit Unterstützung von Hanne Hiob-Brecht findet im DGB-Haus eine Veranstaltung der Initiative gegen Witzsch und der ÖTV Nürnberg statt. Im Mittelpunkt stehen die Schülerzeugen und damit die Forderung nach deren Anhörung.

Letzter Stand: Alle Schülerzeugen werden zu einem Vorgespräch geladen, das Verfahren gegen Witzsch wird auf Anordnung des Verwaltungsgerichtshofs ausgesetzt.

Der mühsame Kampf gegen Witzsch zeigt, wie Nazis geschützt und gedeckt werden. Denn auch wenn Witzsch tatsächlich aus dem Schuldienst entlassen wird, können weiterhin reaktionäre Lehrer wie Wiedemann am Neumarkter Willibald-Gluck-Gymnasium oder der Regensburger Hochschulprofessor Schröder unbehelligt rechte Hetze verbreiten, wenn wir Antifaschisten nicht gegen sie vorgehen.



Neulich am Rotkreuzplatz

Nazi-Stand abgeräumt

Nach dem Motto: Nicht betteln und bitten - nur mutig gestritten (Karl

Liebknecht) wurde am NPD-Stand nicht lange herumdiskutiert. Innerhalb einer Minute lag das Ding dort, wo es hingehört: im Dreck.

Zur Diskussion:

Die Erben

Der Film "Die Erben" lügt. Selbst wenn "die Sprüche authentisch bis zum letzten Satz" sind, wie der Autor behauptet, lügt er doch: Neonazi sein, das sei in eine wirkliche Gemeinschaft kommen; Erlebnisse haben; sich in Schlägereien, wirklich toll brutalen Schlägereien behaupten; den gelinden, aber folgenlosen Schauer spüren, einen Lampenschirm aus Judenhaut betrachten zu dürfen - ohne den Ekel und allen moralischen Aufwand, der dazugehören sollte, derartige Ungeheuerlichkeiten zu bewältigen. Der Neonazi kann einen Gleichgesinnten ohne Folgen verprügeln, er benutzt die vorhandenen Mädchen, die das nicht kränkt. Der Zuschauer kann das alles auch, wenn auch nur als Voyeur. Der Film ist ihm eine Übung, eine erregende Übung, das Ungeheuerliche als normal betrachten zu lernen. Denn er sitzt in einem Kommerzkin, das das Neonazimilieu als Kassenknüller entdeckt hat. Er genießt - möglicherweise ohne es zu merken - einen Abenteuerfilm, diesmal mit Neonazis als Helden.

Der Film lügt also, indem er einen Teil der Realität wegschneidet. Keine Andeutung findet sich, daß der Faschismus eine Möglichkeit für das Monopolkapital ist, seine Herrschaft aufrechtzuerhalten (daß er bestsitierte Gönner hat, wird immerhin deutlich). Dies muß aber gar nicht in jedem Fall thematisiert werden. Auch der Kotulla - Film über den KZ-Kommandanten Höß zeigt dies nicht, ermöglicht sogar menschliches Verständnis für den "Helden", schärft aber zugleich den Antifaschismus des Zuschauers. Der Film "Die Erben" ermöglicht solches Lernen nicht. Seine "Helden" entwickeln sich ganz undialektisch; im Grunde entwickeln sie sich überhaupt nicht und durch nichts: Der Film läßt nämlich außer acht: die Folgen des Nazidenkens, der falschen Kameradschaft, das Geschliffenwerdens, das mit Kumpel nichts zu tun, dafür mehr mit Sadismus, Brechung des eigenen Willens, Vernechtung in einer hierarchischen Ordnung. Unfähigkeit der Regie oder böser Wille?

Leider ist es nach diesem Film notwendig festzustellen: Faschismus hat nie etwas Befriedendes, ist keine Alternative (nicht für die Kleinen Nazis, allerdings natürlich für die Nutznießer, die sich aber mit den Faschisten nur ungern zeigen und vor Gericht alle Zusammenhänge ableugnen werden). Wenn es noch eines Hinweises bedarf: Der Autor, ein Herr Bannert, behauptete, in München, Regensburg und in der Lüneburger Heide recherchiert zu haben. Aus Regensburg könnte er das Motiv des brutalen Familienvaters haben, der sogar seine Tochter vergewaltigt und gegen den der Sohn, ein Neonazi, sich (zunächst erfolglos) empört. Der reale Familienvater wäre dann der Regensburger NPD-Vorsitzende Kerscher, Vater zahlreicher Kinder, der von zwei sei-

ner verängstigten Töchter schließlich beschuldigt wurde, sie jahrelang mißbraucht zu haben. Seine Nazi-Söhne haben ihn jedoch nicht zur Strecke gebracht, sondern die beiden Mädchen aus dem Verhörraum, wo sie der Untersuchungsrichterin gegenüber saßen, entführt - die Mädchen waren dann nicht mehr bereit, ihre Aussagen zu wiederholen. So verkrüppelt sind die Faschisten, und zwar notwendigerweise, was leicht einzusehen ist.

Die scheinheilige oder bloß vorsichtige Einlassung des Filmemachers, es sei ihm um Authentizität gegangen, wird an einer Stelle restlos entlarvt: Man sieht eine lächerliche Versammlung von Antifaschisten, die ein Denkmal enthüllen wollen: alte, schwächliche Menschen, die stereotype Belanglosigkeiten von sich geben - während oben, hinter einer Brüstung, das frische, pralle Leben lauert: Die Neonazis, die schon wissen, was sie da nur zu tun haben werden. Und weil's wirklich keine Botschaft sein soll, die die Antifaschisten dem Zuschauer geben könnten, wird die Stimme der Sprecherin technisch verzerrt, Hall-Effekte werden zur Hilfe genommen, um dem Film die beinahe einzige Gelegenheit, einen antifaschistischen Ansatz zu vermitteln, zu nehmen. Das Denkmal selbst: lehmig, häßlich, lächerlich - rumm macht es (vielmehr läßt der Filmemacher machen), weg ist es, jedes weitere Wort wäre zuviel. Ja, so räumen sie auf, die Neonazis. - Dem gutwilligsten Zuschauer gelingt es nicht, über diesen Ausgang der Sache unzufrieden zu sein. - Der Filmemacher ist aber vermutlich kein Neonazi, sondern nur ein skrupelloser Geschäftsmacher, und damit sich der Film gut verkauft, braucht er: Einerseits Unpersonen: die Antifaschisten, andererseits bruchlos schöne Identifikationsfiguren: die Neonazis, und action, wie man sie sich erwarten darf.

Bleibt die Frage: Schockiert der Film aber nicht doch? Ist nicht vieles, was die Nazis und Neonazis da von sich geben, für die allermeisten Zuschauer völlig unakzeptabel? Ist am Ende nicht eine persönliche Katastrophe für die Hauptfiguren absehbar? Damit die Umkehr? Haben Neonazis nicht deutlich gezeigt, daß sie den Film ablehnen?

Daß ein Kühnen jede Möglichkeit zur Randalie nützt, ist klar. (Interessant dabei ist jedoch: nicht während der Filmvorführung wurde randaliert, sondern vor allem dort, wo der Film diskutiert werden sollte.) Die "heroische Tat, den Schänder abzuknallen, ist keine Katastrophe, ebensowenig die Perspektivlosigkeit des Faschismus wird da nur mystifiziert: Viva la muerte, schrien die spanischen Faschisten, und für die Nazis waren Heldenkult und Totenkult dasselbe. Der Un-Sinn des Faschismus braucht die verlogene "Tragik".

Der Film trägt nicht zum Erschrecken, sondern gerade zur Abstumpfung bei: Was tiefsten Schrecken hervorgerufen müßte, für dessen Darstellung nicht jede beliebige, und vor allem keine derartig triviale Form gewählt werden dürfte, wie der Film sie durchhält, wird gewöhnlicher, akzeptabler, bered- und am Ende belachbar. Die Judenhaut? Hahaha. Ein Mann bricht da nicht in Tränen aus. Die Nazis jedenfalls stehens durch. Vom Türkenwitz zum Judenwitz zum Türkenmord ist es gar nicht so weit.

von daher eine mögliche Antwort auf die Frage: Was bedeutet es, wenn der Film überwiegend günstig aufgenommen und besprochen wurde, gelegentlich mit dem Ausdruck eines gewissen Irritiertseins? Ist es nicht ein Anzeichen dafür, daß die Neonaziszene selbst als nicht mehr so ungeheuerlich gesehen wird, sondern als Phänomen mit Unterhaltungswert, als Alternative zum Zombie? Aber, im Unterschied dazu, mit Realität ausgestattet!

W.F., Regensburg

Grundstücks-geschäfte

Walter Zöller, 42, stellvertretender Vorsitzender der CSU-Fraktion im Münchner Stadtrat, hat an dem von der SPD heftig kritisierten Verkauf städtischer Grundstücke an den Unternehmer Josef Schörghuber mitverdient. Rund 40 000 Mark erhielt das Notariat, das der CSU-Politiker zusammen mit seinem Sozium Wolfgang Reinl betreibt, für die Beurkundung des Geschäftes. Schörghuber hatte für kommunale Flächen im Münchner Osten einen Quadratmeterpreis von 230 Mark bezahlt und später den Interessenten für geplante Wohnungen mit 800 Mark in Rechnung gestellt. Walter Zöller, der auch Ko-Referent des städtischen Planungsausschusses ist, hält die Beurkundung durch seine Kanzlei für »völlig normal«. Der Politiker zum STERN: »Wenn wir so was nicht mehr machen dürfen, ließe das auf ein Berufsverbot für Stadträte hinaus.«

STERN, 2.2.84

Kämpfende Frauen

Bild 1: Kundgebung 1980 im ehemaligen Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. 92 000 Frauen und Kinder wurden hier ermordet. Vorne stehen ehemalige Widerstandskämpferinnen.

Bild 2: Eine Frau im Streiklokal 56/57. Es ging um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. 6 Wochen mußte gestreikt werden, auch über die Weihnachtsfeiertage und bei großer Kälte. Die Frauen waren voll dabei.

Bild 3: "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" war die Forderung der Heinze-Frauen, weil sie für die gleiche Tätigkeit schlechter als die Männer bezahlt wurden. In einem jahrelangen Prozeß siegten sie schließlich vor dem Bundesarbeitsgericht. Hunderte von Frauen in allen Branchen machten ihr Beispiel nach. Andere erstreikten sich die gleiche Bezahlung mit den Männern.

Bild 4: Pierburg 1973: bei dem Kampf der 3 000 ausländischen und deutschen Arbeiter spielten die Frauen eine entscheidende Rolle. Sie erreichten die Abschaffung der Lohngruppe 1, eine Teuerungszulage und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

